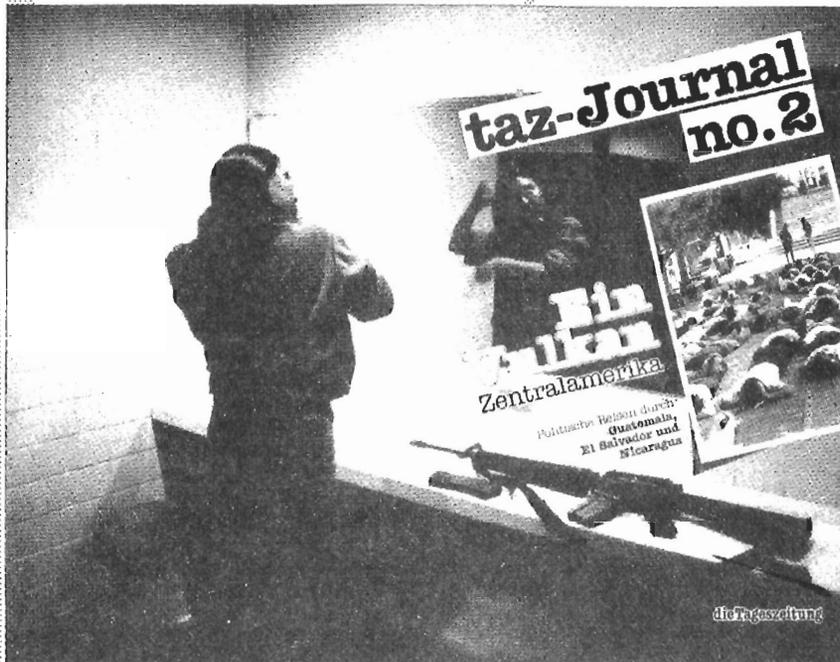


**die Tageszeitung** Wattstraße 11 -12  
1000 Berlin 65



Im Frühjahr '80 entwickelte sich aus dem Bedürfnis der taz-Redakteure/innen, außerhalb des Aktualitätsdrucks inhaltliche Schwerpunkte setzen zu können, die Idee der taz-Journale. Wegen des großen Erfolgs des taz-Journals Nr. 1 zum Bereich 'Ökologie' setzen wir die Reihe der Journale fort. Am 10. Dezember wird das taz-Journal Nr. 2 zu dem Thema 'Zentralamerika' erscheinen.

Die 'sandinistische Revolution' hat vor anderthalb Jahren den Weg für eine neue Gesellschaft in Lateinamerika freigemacht. Das taz-Journal Nr. 2 will die ersten Schritte auf diesem Weg zeigen und verdeutlichen, warum die Ergebnisse für uns hier oft so viel anders aussehen, als wir es eigentlich erwarten. Einer der taz-Auslandsredakteure war in Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Er sprach mit Politikern, Marktfräuer, Guerillaführern, Vertretern der Kirche und Menschenrechtskommissionen. Er besuchte die Indianer in Guatemala und am nicaraguanischen Atlantik. Er wird diese Eindrücke auch beim Russell-Tribunal im November einbringen und im Journal aktuell über das Tribunal berichten.

**160 Seiten, viele Bilder**  
**Preis DM 14,80**

**Erscheinungsdatum 10.12. '80**

Wo gibt es das taz-Journal?

**1. direkt bei der Tageszeitung bestellen:**  
14,80 DM auf das Konto des Verlags 'die Tageszeitung GmbH' in Frankfurt einzahlen: PscHA PFM, Kto. 100490-003.  
Die Lieferadresse, also eure Anschrift, auf dem Empfängerabschnitt nicht vergessen!

**2. in allen guten Buchläden, die es über ProLit bestellen können:**  
ProLit, Daubringer Str. 32 - 6334 Lollar, Best.-Nr. 30183

**1-Wochen Probeabo**  
(5,-DM Scheck/Scheck beiliegend)

Name, Vorname .....

Straße .....

PLZ, Ort .....

absenden an

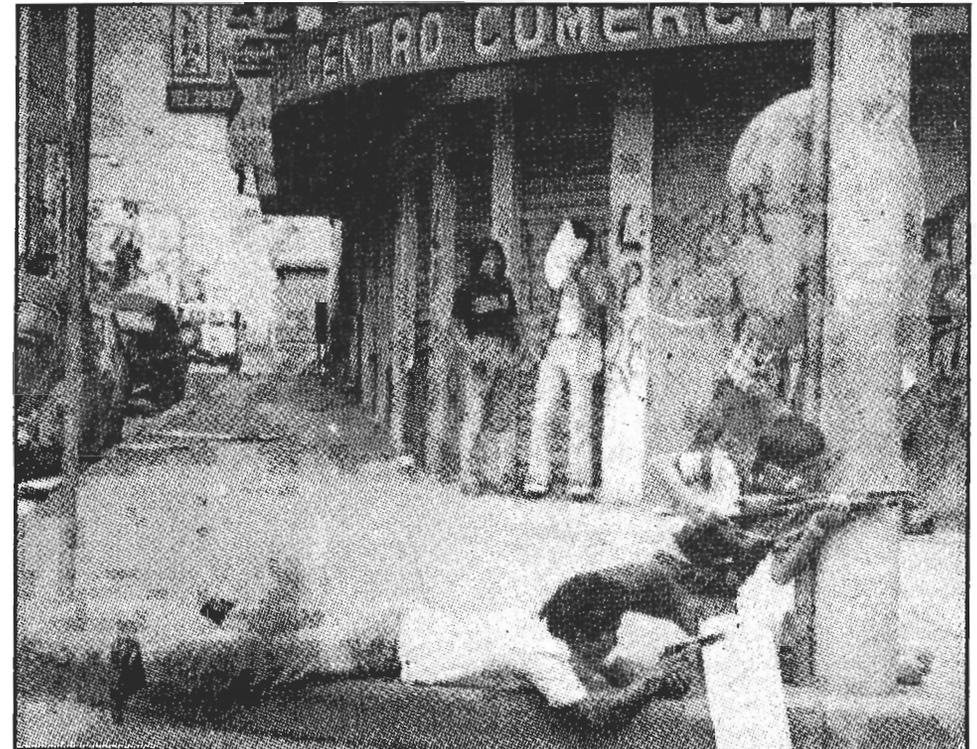
**die Tageszeitung**

Wattstraße 11-12 1000 Berlin 65

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 88

**8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN**

Berlin (West)      Dezember 1980      Solidaritätspreis DM 3,-



## ALLTAG IN EL SALVADOR

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**USA:** Diktatorenapplaus für Reagan — **NICARAGUA:** Umsturzpläne — **CHILE:** Widerstandsaktionen — **URUGUAY:** Referendum — **ARGENTINIEN:** »Teuerstes Land der Welt« **EL SALVADOR:** Mord an Oppositionsführern **PERU:** Realität 1980

## INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT .....	3
ZU DIESER ZAHLKARTE .....	4
<b>I. BERICHTE</b> .....	5
— EL SALVADOR .....	5
Die Ermordung des Rektors Ulloa .....	8
Morde an Mitgliedern der Menschenrechtskommission .....	9
Treffen christlicher Basisorganisationen .....	10
Standortbestimmung der Christdemokraten .....	11
— USA: Diktatorenapplaus für Reagan .....	12
— NICARAGUA: Konturen der Gegenrevolution .....	16
— BOLIVIEN: Bolivien im Umbruch .....	19
— KOLUMBIEN: Die geplante Amnestie .....	23
Campesinos beklagen Verhaftungen und Morde .....	25
— CHILE: Sabotageakte und Widerstandsaktionen .....	27
— PARAGUAY: Aus der Anzeigenwelt .....	29
<b>II. HINTERGRUND:</b> .....	32
— URUGUAY: Hintergründe des Referendums .....	32
— ARGENTINIEN: »Das teuerste Land der Welt« .....	39
— PERU: Realität 1980 — 2 Seiten einer Medaille .....	46
— HONDURAS — EL SALVADOR: Friedensvertrag oder Kriegspakt? .....	51
— CHILE: Interview zur Situation der Mapuche .....	55
SCHNEEGESTÖBER .....	60
ZEITSCHRIFTENSCHAU .....	61

### Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 8 der  
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich  
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 4.12.1980

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung  
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«  
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108  
Bankleitzahl 10010010

### Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-  
theken und Institutionen im Bundesge-  
biet über:

con Medien- und Vertriebsgesellschaft,  
Postfach 106545,  
Osterstr. 36, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-  
legexemplare erbeten.

## ZU DIESEM HEFT

"Die Flagge des Kapitalismus hat wieder Wind". Mit dieser Überschrift gab die WELT am SONNTAG am 9. November ihrer Begeisterung über den Sieg von Ronald Reagan in den Präsidentenwahlen der USA Ausdruck. Es ist dieselbe Begeisterung, mit der die Vertreter des Kapitals und insbesondere die rechten Diktaturen in Süd- und Mittelamerika den Wahlsieg Reagans begrüßt haben. Das zeigen ihren ersten Reaktionen, die wir in diesem Heft dokumentieren. Ihre Freude gilt der Tendenz zu einer "freien Gesellschaft", in der der Profit wieder mehr geschützt wird als die politischen Freiheiten. Und er gilt einer Außenpolitik der USA, bei der die "guten Freunde Amerikas" keine Furcht mehr zu haben brauchen, wegen Verletzung der Menschenrechte angeklagt zu werden. Auf die Linke in Lateinamerika und auf die Solidaritätsbewegungen in Europa kommen offenbar schwere Zeiten zu. Die Periode, in der man noch an innerimperialistische Widersprüche anknüpfen konnte, die sich aus den moralischen Ansprüchen der Carter-Regierung angesichts einer grausamen Realität ergaben, ist vorbei. Die Rechte hat keine Skrupel mehr.

Am deutlichsten zeigt sich das in Mittelamerika, wo noch vor dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten alle Hemmungen fallengelassen wurden. Die Bestialität, mit der das tägliche Morden in El Salvador stattfindet, kennt heute keine Grenzen mehr. Und die Mörder, denen nach dem Erzbischof Romero und dem Universitätsrektor Ulloa jetzt auch die führenden Köpfe der Frente Democrático Revolucionario zum Opfer gefallen sind, wissen, daß sie von der neuen Regierung der USA nichts zu befürchten haben werden. Um so wichtiger ist die Unterstützung der FDR aus der Bundesrepublik. In diesem Sinne begrüßen wir den Offenen Brief, den etwa 80 Professoren an Bundeskanzler Schmidt geschrieben haben, um die Anerkennung der FDR als legitime Vertretung des salvadorianischen Volkes zu verlangen. Der Aufruf der "tageszeitung" zur Sammlung von Geld für Waffen für die Opposition in El Salvador - wir hatten ihn im letzten Heft abgedruckt und unterstützt - hat im ganzen ein sehr positives Echo gefunden: Bisher wurden über 250 000 Mark gesammelt. Überzeugte Pazifisten, die uns geschrieben haben, können wir nur antworten, daß auch wir Gewalt weder lieben noch gutheißen. In El Salvador geht es heute aber darum, die Opfer der Gewalt nicht hilflos zu lassen.

Auch in Nicaragua fühlen sich, wie unser Bericht zeigt, die Unternehmer jetzt ermutigt, Flagge zu zeigen und gegen die Regierung der Sandinisten mit legalen und illegalen Methoden Front zu machen.

Über Uruguay haben wir bisher immer zu wenig berichtet. Der Artikel in diesem Heft versucht, diese Lücke zu füllen. Wir hatten angenommen, daß die Militärs Wege finden würden, um eine Niederlage beim Volksentscheid über ihre Verfassungsrichtlinien zu verhindern. Wir haben uns da geirrt, das Volk konnte einen Sieg erzwingen. Jetzt kommt es darauf an, was es aus diesem Sieg trotz fortbestehender Unterdrückung machen kann. Wir werden darüber berichten.

## Zu dieser Zahlkarte

Eine Zahlkarte hat schon lange aufgehört, etwas Besonderes oder gar Revolutionäres zu sein. Warum wir dennoch eine ganze Seite dieser Ausgabe für dieses unscheinbare Formular verschwenden, hängt mit einer, für unser Vertriebssystem vielleicht nicht revolutionären, aber doch reformativen Neuheit zusammen:

WIR HABEN DIE ZAHLUNGSWEISE DER ABONEMENTS UMGESTELLT

Darauf haben wir schon einmal aufmerksam gemacht: um die Arbeit unserer Buchhaltung zu erleichtern, sollen die Zahlungen der Abonnenten in Zukunft jeweils von Januar bis Dezember gelten:

ENDE DEZEMBER WIRD BEZAHLT - DAS ABO LÄUFT DAS GANZE JAHR

Aus diesem Grunde haben wir allen Abonnenten, deren Zahlungsweise bisher einem anderen Turnus folgte, einen "Konto-Auszug" in Form einer Rechnung bzw. einer Mahnung geschickt. Auf diesem "Auszug" waren Guthaben bzw. Schulden vermerkt.

ZUR VERDEUTLICHUNG: DREI BEISPIELE

Beispiel 1:

Wer immer sein Abo von Juli eines Jahres bis zum Juni des nächsten Jahres bezahlt und 1980 bereits sein Abo bezahlt hat, muß bis zum 31. Dezember 1980 nur noch einen Betrag bezahlen, der von Juli bis Dezember 81 anfällt. Diesen Betrag haben wir ausgerechnet und den jeweiligen Abonnenten mitgeteilt.

Beispiel 2:

Wer ebenfalls immer Juli bis Juni bezahlt hat, aber in diesem Jahr die Zahlungen vergessen hat, bekam von uns eine Mitteilung darüber, was er für das laufende Jahr noch zu zahlen hat, das sollte er, sofern noch nicht geschehen, sofort tun und ferner bis zum 31.12 den Abo-Betrag von DM 35,00 für 1981 bezahlen.

Beispiel 3

Wer sowieso immer von Januar bis Dezember bezahlt hat, bekam von uns keine Mitteilung. Er wird gebeten, bis zum 31.12. sein Abo zu bezahlen. Rechnungen für das Finanzamt stellen wir auf Wunsch gerne aus, Postkarte reicht.

Wir bitten Euch also zu prüfen, was Ihr uns noch schuldet, an He unserer Rechnung und Eurer Bankauszüge. Überzahlungen können vor uns in Zukunft nicht mehr verrechnet werden, sondern werden als Spenden abgebucht.

Die Umstellung auf das Jahresabo soll uns die Arbeit erleichtern und dabei helfen, Euch regelmäßig zu beliefern. Die Situation beiher war immer eine Zitterpartie: reicht unser Geld, Druckkosten, Miete usw. zu bezahlen.

Die Abonnenten, die nicht zahlen, müssen von der Belieferung ausgeschlossen werden. Wer aber nicht zum 31.12. zahlen kann, beispielsweise, weil das BAFÖG zu gering ist, und andere Gläubiger nicht großzügig sind, muß uns das mitteilen und einen anderen Termin vereinbaren. Dann müssen wir Bescheid und nehmen Euch nicht aus der Belieferung heraus.

Bitte, zahlt also pünktlich, Ihr helft uns und Euch!

In nächsten Jahr wünschen wir Euch nicht nur gute LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, sondern auch sonst noch alles Gute.

DIE REDAKTION

## EL SALVADOR

Seit dem letzten Bericht über El Salvador in den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN hat sich politisch, außenpolitisch und militärisch sehr viel verändert. Es ist schwer, darüber zusammenfassend zu berichten: es ist kein eindeutiger Entwicklungsprozess sichtbar, vor dessen Hintergrund die verschiedenen Nachrichten einen zusammenhängenden Sinn ergäben. Das von der salvadoranischen Widerstandsbewegung sehr lange propagierte "Der Volksaufstand steht unmittelbar vor der Tür" - von uns allzu bereitwillig übernommen - wird wohl zutreffend sein als Beschreibung der Sehnsucht des Volkes und der Zielrichtung der politisch-militärischen Strategie der Linken - als einziges Erklärungsmodell macht es blind für die Komplexität der salvadoranischen Situation. Gerade die Ereignisse der letzten zwei Monate haben gezeigt, daß die Entwicklung nicht gradlinig auf einen unvermeidlichen Sieg der Revolution hinläuft. "Unsere Parole ist nach wie vor: VENCEREMOS - aber ich bitte Euch, das nicht mit: 'Wir werden siegen', sondern mit: 'Wir müssen siegen!!' zu übersetzen", sagte uns ein Genosse aus El Salvador.

### Rückschläge

Das beruht auf einigen Erfahrungen der letzten Monate, die sicher bitter waren, aber ihren Sinn haben, wenn sie zu einer realistischen Einschätzung führen. Der Generalstreik Mitte August war trotz aller gegenteiligen Bekundungen (auch von uns) ein Rückschlag. Die vielbeschworene Einheit mußte im September eine schwere Krise überstehen, als mit der FARN eine der vier Guerrillaorganisationen das gemeinsame Oberkommando verließ.

Beide Rückschläge hängen zusammen, gemeinsamer Nenner war die Unsicherheit und Uneinigkeit in der Einschätzung der Junta: wird es einen Rechtsputsch geben? Ist der gemäßigte Flügel des Militärs (Oberst Majano) ein potentieller Bündnispartner für die Linke? Soll man auf Vermittlungsversuche eingehen?

In dieser Situation ungeklärter Grundfragen der Strategie war eine überzeugende Vorbereitung des Generalstreiks nicht möglich. Es scheint keine einheitliche Vorstellung gegeben zu haben, welchen Charakter der Streik haben sollte: einen politischen, ökonomischen oder schon innerhalb der Aufstandsstrategie einen militärischen? Dementsprechend abwartend war die Reaktion der Bevölkerung. Die Spaltung war nicht mehr zu verkleistern. Daß sie nicht endgültig wurde, lag nicht an der Entwicklung auf der Gegenseite. Innerhalb von Junta und Militär wurde der gemäßigte Flügel entmachtet, Majano blieb als Gallionsfigur erhalten, bis er Ende November das Land verließ. Der harte Kurs setzte sich durch. Die Kooperation zwischen Regierung/Militär und den Terrorkommandos der Rechten wurde immer offener. Und im Oktober startete die Junta ihre militärische Großoffensive gegen die nördlichen Provinzen, in denen die Guerrilla schon lange die Kontrolle ausübt.

Dies und der offensichtliche Unwillen der organisierten Basis zu neuen Fraktionskämpfen führte zur Beschleunigung des Einheitsprozesses. Mit der Gründung der FMLN als einheitlicher Organisation des politischen und militärischen Kampfes und mit dem Eintritt der FARN in diese Organisation scheint jetzt eine reale Einheit erreicht zu sein.

*Morazán*

Der Angriff des Militärs auf Morazán, San Vicente und Chalatenango bezeichnete den endgültigen Übergang zum offenen Krieg. Die Junta setzte ca. 5 000 Soldaten ein, ausgerüstet mit schwerstem Gerät, unterstützt von der Luftwaffe. 3 000 allein waren es in Morazán. Sie standen einer Guerrilla gegenüber, die zahlenmäßig und nach Waffen völlig unterlegen war. Nicht mehr als 200 einigermaßen Bewaffnete gibt es in Morazán. Dennoch konnte das Militär die Provinz weder besetzen noch säubern. Das lag nicht nur an der Unwegsamkeit des Berglandes. Es liegt vor allem daran, daß alle Bewohner der Provinz sich zur Guerrilla zählen, gemeinsam ein Nachrichtensystem aufgebaut haben, gemeinsam die Verminderung der wenigen Zufahrtswege mit selbstgebastelten Kontaktminen organisierten. Das Militär kesselte die ganze Provinz ein und nahm sie mit Artillerie und Hubschraubern unter Beschuß. Damit konnte es zwar die Guerrilla selbst nicht entscheidend treffen – es wird von 20 Toten berichtet – wohl aber ihre Basis. In der über drei Wochen dauernden Offensive gegen Morazán wurden Dörfer niedergebrannt, verwandelte sich die Bevölkerung einer ganzen Provinz in ein Heer von Flüchtlingen, starben Tausende. Relativ unvermittelt kam dann die Nachricht vom Rückzug des Militärs in die Kasernen.

*War Morazán ein Sieg der Guerrilla?*

Ja – weil sie dank der Mitwirkung der gesamten Bevölkerung stark genug war, die Besetzung durchs Militär zu verhindern. Weil sie bewiesen hat, daß die von der Junta mit großem Propagandaaufwand angekündigte "Säuberung von Subversiven und Kommunisten" in El Salvador nicht möglich ist.

Morazán war auf der anderen Seite kein Sieg. Nicht der militärische und politische Widerstand zwang die Regierungstruppen zum Abzug; das anzunehmen, wäre eine fatale und folgenreiche Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse und der politischen Situation. Das Heer war nicht in der Lage, Morazán zu besetzen. Die Guerrilla war nicht in der Lage, den Kessel wirksam zu sprengen. Das Heer wäre aber sehr wohl – rein militärisch – in der Lage gewesen, die ganze Provinz dem Erdboden gleich zu machen, die Guerrilla mit der Bevölkerung "wegzusäubern". Dazu jedoch fehlte das grüne Licht aus Washington, wo man kurz vor der Wahl stand. Nach der Wahl und mit Regan als US-Präsident könnte durchaus grünes Licht kommen – oder die US-Marine selber.

Seit der Oktoberoffensive von Morazán ist somit auch klar, wie der Krieg aussehen wird, wenn die USA sich entschließen, bis zur letzten Konsequenz ihre Bastion El Salvador halten zu wollen: es kann nur ein totaler Vernichtungskrieg sein, mit Flächenbombardements und der bewußten Inkaufnahme von zigtausend Toten. Die Militärführung in San Salvador weiß das und ist dazu bereit. Mit der Beratergruppe Reagans haben schon Gespräche stattgefunden, von denen die Juntamitglieder Napoleon Duarte (Christdemokrat) und Gutierrez (Armeeoberbefehlshaber) mit neuem Mut zurückkehrten. Das war Ende November, kurz vor der Ermordung der sechs Führer der FDR.

*Die Junta kennt keine Rücksicht mehr*

Auf Menschenleben sowieso nicht. Das ist tausendfach bewiesen durch die Zahl der Ermordeten: weit mehr als 10 000 allein in diesem Jahr.

Die Junta nimmt aber auch keinerlei Rücksicht mehr auf ihre internationale Reputation: die ist sowieso nicht mehr wichtig, seit klar ist, daß die Unterstützung

der USA nicht mehr wie zu Carters Zeiten abhängig ist vom Anschein der Rechtmäßigkeit und des Respekts vor Menschenrechten.

Der Mord an Enrique Alvarez Córdova, dem Präsidenten der FDR, und fünf weiteren bekannten Führern der Opposition am 27. 11. ist dafür nur ein Beispiel. Er wurde begangen von Uniformierten der Armee und Polizei, obwohl klar sein mußte, daß diese Morde im Unterschied zu all den anderen an Unbekannten die Weltöffentlichkeit schockieren und die diplomatische Stellung der Junta schwächen würde.

Bisher hatten die Machthaber in El Salvador Anlaß genug zu der Einschätzung, daß sie sich solche Schläge leisten können: die Weltöffentlichkeit hat schließlich die Ermordung von Erzbischof Romero verdaut, ebenso wie die systematische Liquidierung bekannter und lästiger Kritiker in der Menschenrechtskommission, in der Universität, unter Journalisten.

Nur so sind die Hemmungslosigkeit und der Zynismus zu erklären, mit denen in schöner und offener Eintracht zivile und uniformierte Terrorkommandos verhaften, foltern, liquidieren – und wie zum Hohn noch Bomben in die Kathedrale schmeißen, um die von Folter und MP-Salven entstellten Leichen der Volksführer nochmal zu massakrieren.

*Konsequenzen*

Die FDR erklärte nach dem Mord an ihren Führern in einer Erklärung an die Weltöffentlichkeit: hört auf, mit Vermittlungsversuchen von der Notwendigkeit abzulenken, dieses blindwütige Regime zu stürzen!

Das bedeutet für uns in Europa, nicht nur für die Solidaritätskomitees, sondern für jeden, der nicht mitschuldig werden will an einem neuen Völkermord im Namen der "Werte der westlichen Welt", daß wir

1) alles tun müssen, daß durch eine breite Bewegung der Öffentlichkeit Regierungen, Parteien und Gewerkschaften nicht mehr anders können, als gegen die Politik der USA in Mittelamerika Stellung zu beziehen. Die bisherigen Aktionen der Solidaritätsbewegung reichen dazu nicht aus. Es steht auf der Tagesordnung, ein breites politisches Bündnis herzustellen für die konkrete Aufgabe, mit Massendemonstrationen und intensiver politischer Aufklärungsarbeit den schmutzigen Krieg in El Salvador zum Wissenskonflikt der westlichen Welt zu machen!

2) entschlossen den bewaffneten Kampf zu unterstützen, der für die Volksbewegung El Salvadors die einzige Überlebenschance ist. Die Spendenaktion "Waffen für El Salvador" mit ihrem überraschenden Erfolg (bisher 250 000 DM) sollte deshalb konsequent und offensiv weitergeführt werden!

**Spendet für das Überleben  
und den Sieg eines Volkes!**

**Postscheckkonto Berlin/West  
288 59-107  
Bankleitzahl 100 100 10**

**Freunde der alternativen  
Tageszeitung e.V.  
1000 Berlin-65; Sonderkonto**

Wir garantieren dafür, daß das Geld **direkt** an die FFMLN (Frente Farabundo Marti de Liberación Nacional) in EL Salvador weitergeleitet wird.

## Die Ermordung des Rektors Ulloa

Am 28. Oktober wurde der Rektor der Nationalen Universität von El Salvador, Felix A. Ulloa, von einer Truppe der Todesschwadronen ermordet. Das Attentat trug sich vormittags in der Nähe der Universität zu. Der Dienstwagen des Rektors wurde von mehreren zivilgekleideten mit M3-Gewehren bewaffneten Personen angehalten und sofort das Feuer eröffnet. Der Fahrer des Rektors starb sofort. Ulloa konnte sich trotz Schüssen in das Gesicht und in die Brust aus dem Auto schleppen und hinter anderen Fahrzeugen verbergen. Passanten brachten ihn in ein Krankenhaus, wo er im Laufe des darauffolgenden Tages seinen Verletzungen erlag.

Zum Hintergrund des Attentats kann Folgendes gesagt werden: M3-Gewehre sind die Standardwaffe des salvadorischen Heers. Aus Universitätskreisen in El Salvador wurde bekannt, daß es einen Plan geben soll, wonach hohe Militärs den Auftrag gegeben haben sollen, wichtige Hochschulangehörige umzubringen. Die Hochschulen, die in El Salvador zur Zeit geschlossen sind, sollen wieder eröffnet werden, heißt es, jedoch nicht mit dem bisherigen Spitzenpersonal.

Der Rektor war von den Evangelischen Studentengemeinden (ESG) der Bundesrepublik und Westberlins eingeladen worden, diesen November den Friedenspreis der Studentengemeinden und Mittelamerika-Solidaritätsgruppen entgegenzunehmen. Nur die gezielte Ermordung Ulloas konnte seine bevorstehende Reise in die Bundesrepublik und andere europäische Länder zwecks Aufklärung über die Situation seines Landes und insbesondere die Rolle der Universität im Widerstand verhindern.

Der 49jährige Industrieingenieur hatte das Amt des Rektors nach den ersten demokratischen Wahlen, die es nach dem Wahlbetrug vor 8 Jahren an der Universität gegeben hatte, übernommen. Bei der Arbeit ließ er sich von folgenden Grundsätzen leiten:

- die Universität in den Dienst des Volkes zu stellen
- die Autonomie der Universität zu erreichen
- Mitbestimmung aller Sektoren an der Verwaltung der Universität durchzusetzen
- die Universität wissenschaftlich und akademisch weiterzuentwickeln.

Die Gedanken und Aktionen Ulloas waren in der bedrohlichen Lage der Universität eine wirkliche und tatkräftige Stütze. So trat er auch energisch ein gegen die militärische Besetzung des Hochschulgeländes im Juni (siehe dazu LN Aug. 80).

Unter seiner Verwaltung steuerte die Universität San Salvadors entschieden dazu bei, die Demokratische Revolutionäre Front (FDR) mitzubegründen. Heute ist die Universität als Institution auch Mitglied der FDR.

"Die akademische Erziehung soll den Bedürfnissen des Volkes dienen, so zum Beispiel nicht nur durch wissenschaftliche Transplantationen, sondern man muß versuchen, die Kreativität und Entwicklung einer nationalen Wissenschaft zu fördern, die tatsächlich den realen Notwendigkeiten unseres Volkes entspricht."

Felix A. Ulloa

## Morde an Mitgliedern der Menschenrechtskommission

Auszüge aus einem Pressecommuniqué der Menschenrechtskommission von El Salvador vom 26.10. in Mexico-City:

"Am 25. Oktober wurde Ramon Valladares Perez, Sekretär und Mitglied der Leitung unserer Organisation, ermordet. Ramon war 28 Jahre alt, von Beruf Rechnungsführer und Vater zweier kleiner Kinder. Er übte mit großer Hingabe ein Wichtiges Amt in unserer Organisation aus und setzte sich kompromißlos für die Verteidigung der Menschenrechte in El Salvador ein.

Diese neue Gewalttat ist Teil eines Planes, der auf die physische Vernichtung unserer Mitarbeiter abzielt. Am 3. Oktober dieses Jahres wurde unsere Vize-Präsidentin Maria Magdalena Henriquez entführt, vergewaltigt und anschließend ermordet. Am 13. März und am 5. September dieses Jahres zerstörten zwei Bomben unser Büro, Mobiliar und die Ausstattung. Ununterbrochen werden unser Büro und unsere Privatwohnungen von Agenten in Uniform und Zivil überwacht. Täglich erhalten wir per Post oder Telefon Todesdrohungen.

Angesichts dieser Vorkommnisse erklärt die Menschenrechtskommission ihren festen Willen, ihre Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte des salvadorischen Volkes weiterzuführen und die Verletzung dieser Rechte vor der nationalen und internationalen Öffentlichkeit zu verurteilen. Wir rufen die Völker der Welt und alle demokratischen Regierungen auf, sich entschieden mit dem Kampf des Volkes für seine elementarsten Rechte zu solidarisieren und fordern sie auf, das repressive Regime aus Christdemokraten und Militärs zu verurteilen, das sich mit den Mitteln der Kugeln, der Morde und des Geldes an der Macht hält und diese als geeignet erachtet, seine unrechtmäßige Herrschaft über das Volk von El Salvador aufrechtzuerhalten."

Marianella Garcia Villas (Präsidentin)  
Ivan O. Escobar (Finanzsekretär)  
Michelle Arene, Gelberto Terriquez (Vertreter der Kommission in Mexico)

Die Menschenrechtskommission von El Salvador ( CDHS ) wurde 1978 von Rechtsanwälten, Journalisten und Ärzten mit Unterstützung von Erzbischof Romero als Organ des Erzbistums gegründet. Sie hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die ständigen Verletzungen der Menschenrechte national und international anzuklagen. Außerdem wurde ein Büro für Rechtsbeistand (Socorro Juridico), das das Inhaftierte vor Militärgerichten und anderen Gerichten verteidigen soll, eingerichtet. Die beiden Organisationen geben regelmäßig Informationsbulletins für die internationalen Organisationen heraus (in der erzbischöflichen Wochenzeitung "Orientacion" und dem "Boletin Informativo Internacional"-monatlich).

Arbeitsbereiche der Kommission sind:

- Anklage der Menschenrechtsverletzungen
- Die Mitglieder der Kommission betreuen Angehörige von Verschwundenen und leisten finanzielle Unterstützung.
- Sie beerdigen die Toten der Repression.
- Die organisieren medizinische Hilfe für Verletzte, die nicht in Krankenhäuser gehen können, weil sie dort Gefahr laufen, Umgebracht zu werden.
- Das Haus der Menschenrechtskommission in San Salvador ist häufig Anlaufstelle für Flüchtlinge aus allen Teilen des Landes. Auch sie werden von der Kommission betreut.

## Treffen christlicher Basisorganisationen

Mexico-City, 26.11. (taz) - Mehr als 200 Delegierte christlicher Basisorganisationen aus 28 Ländern Europas und Lateinamerikas trafen sich vom 19. bis 26. November in Mexiko zur ersten internationalen Konferenz der „Christen im politischen Einsatz für El Salvador“. Diesem Treffen kommt innerhalb und außerhalb der Kirchen eine ungeahnte Bedeutung zu, ist es doch das erste Mal, daß Vertreter von so zahlreichen und starken Organisationen, wie die lateinamerikanische „Confederación de Comunidades Cristianas“ eine eindeutige Stellungnahme gegen die von den christdemokratischen Parteien in der ganzen Welt geführte Kampagne zur Unterstützung der salvadoranischen Militärrunta abgeben.

Bereits bei der Eröffnung der Konferenz im mexikanischen „Palast der schönen Künste“ gab der nicaraguanische Priester und derzeitige Sozialminister Edgar Parrales den Ton des Treffens an. Als er auf die überragende Erscheinung des ermordeten Erzbischofs von San Salvador, Oscar Arnulfo Romero, verwies. Die Geschichte der salvadoranischen Kirche unter Romero hat gezeigt, daß ohne die aktive Mitwirkung der Christen wohl in keinem Land eine Veränderung der von den repressiven Militärdiktaturen geprägten Lebensverhältnisse möglich ist. Auf diesen Umstand verwies der Delegierte der salvadoranischen Befreiungsbewegung FDR (Frente Democrático Revolucionario) Farid Handal, dessen Bruder vor 14 Tagen von den salvadoranischen Militärs zum Verschwinden gebracht wurde. Einer Meinung mit ihm war dabei auch der Gründer der Christdemokratischen Partei von El Salvador, Roberto Lara Velado, der durch seine Tätigkeit als Mitglied der Menschenrechtskommission in El Salvador großes Ansehen besitzt: „Bis heute haben wir, die wir im Exil leben, geglaubt, daß wir außerhalb unserer Partei gestellt worden sind. Mit dieser Konferenz wissen wir, daß die eigentlichen Outsider die paar Männer sind, die heute mit den Mördern in unserem Land gemeinsame Sache machen.“ Die Spaltung der Basis von ihren übergeordneten Hierarchien wurde jeden Tag deutlicher sichtbar. Hunderte von christlichen Basisorganisationen aus aller Welt solidarisierten sich mit dem Engagement der salvadoranischen Volkskirche. Sie stellten sich damit bewußt in Widerspruch zu der Mehrzahl der nationalen Bischofskonferenzen einerseits, die ebenso wie der Papst Johannes-Paul II die Gewalt verurteilten, von welcher Seite sie

auch immer kommen möge. Andererseits nahmen sie gegen die Politik fast aller christdemokratischen Parteien Europas und Lateinamerikas Stellung, die entweder schweigen oder aber die salvadoranische Junta mit Waffen beliefern. Die große Auseinandersetzung blieb jedoch dem Schlußkommuniqué vorbehalten, als der Vertreter der holländischen christdemokratischen Partei, Maarten van Ditmarsch, der auch in Vertretung der gesamteuropäischen Partei auftrat, unter lautem Protest aller Beteiligten, zur „Versöhnung mit den Militärs“ aufrief und sich als Vermittler in dem Konflikt von El Salvador anbot, den er einfach als „Spaltung innerhalb der christdemokratischen Partei“ hinstellte.

In einer energischen Gegenrede forderte der salvadoranische FDR-Vertreter, daß in dem Schlußkommuniqué nicht nur jedwede ausländische Militärintervention verurteilt werden solle, sondern auch „jedwede Initiative von seiten der Regierungen, Parteien, Institutionen und internationalen Organisationen, die Konfusion stiften will, indem sie den gerechten Kampf des salvadoranischen Volkes bremsen will“ aufs schärfste zurückgewiesen werden solle.

Als das Schlußdokument verlesen wurde, war jeder einzelnen der vertretenen Organisationen klar, daß man einen bedeutenden Schritt weitergekommen war: sowohl was den Aufbau der internationalen Solidaritätsarbeit betrifft, als auch in Bezug auf die Suche nach einem echt christlichen Selbstverständnis.

Besonders vorgestellt und begrüßt wurde hingegen die einmalige Initiative der „Tageszeitung“, die vor einigen Wochen einen Spendenaufruf zum Ankauf von Waffen für die salvadoranische Befreiungsarmee veröffentlicht hatte. In einem Interview erklärte dazu der Finanzreferent der frente democratico revolucionario - fdr: „Wir bewundern den Mut dieser Leute, die verstanden haben, worum es in dieser Phase des Kampfes geht und was auf dem Spiel steht...“ Bei einer anderen Gelegenheit fügte der Bruder eines der Oberkommandierenden der FMLN (frente Farabundo Martí de liberación nacional) Farid Handal hinzu: „Es gibt derzeit Tausende von Leuten, die darauf brennen, sich dem Feind stellen zu können, aber, so lächerlich es klingen mag, um ein richtiger Revolutionär zu sein, braucht man zuerst ein Gewehr.“

Leo Gabriel

## Standortbestimmung der Christdemokraten

Vom 28.7. bis 5.8. besuchte eine Delegation von 5 Vertretern der EVP (Europäische Volkspartei) Guatemala und El Salvador, um sich insbesondere über die Verletzungen der Menschenrechte und die Standortbestimmung der Christdemokraten in diesen Ländern zu informieren. An der Delegation nahmen teil:

Willem Vergeer - stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament  
August Vanistendael - Präsident der Belgischen Caritas  
Vito Latanzio - Mitglied der "Camera dei Deputati" - DC-Italien  
Luis Vega y Escandion - UCD-Abgeordneter - Asturias - Spanien

Die Lösungsvorschläge, um das Land aus der aktuellen Krise zu führen, die von dieser Delegation in einem (vertraulichen) Reisebericht gegeben werden, sind Rettungsvorschläge der dortigen Christdemokratie in der Regierung. Im Folgenden Auszüge aus dem Schlußteil des Reiseberichts:

„Es ist offenkundig, daß der derzeitige Zustand nicht mehr sehr lange andauern kann; es ist auch offenkundig, daß die aus Militärs und Christdemokraten bestehende Junta alleine nicht fähig ist, eine friedliche und zufriedenstellende Lösung zu finden.“

Es bleiben also nicht viele Lösungen übrig:

1) Eine Erweiterung der Politischen Basis der Junta und der Regierung durch Beteiligung der Sozialdemokraten.

Eine solche Beteiligung strebt der Gewerkschaftsflügel der Partei an, doch die Parteiführung sitzt in der FDR.

Nur ein Eingreifen der Sozialistischen Internationalen und des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften kann hier helfen. Der Vorteil einer solchen Erweiterung bestünde darin, daß man dann versuchen könnte, die reformwilligen Militärs innerhalb der Armee an die Macht zu bringen und so die Gewalt von rechts auszuschalten. Dann würde auch die Gewalt von links nachlassen, und die Linksextremisten könnten isoliert werden. So könnte Frieden hergestellt werden. Diese Zweiparteienkoalition konnte dann auf weitere Gruppen der FDR ausgeweitet werden, um zu einer neuen, von extremen Elementen gesäuberten FDR zu kommen. In einem späteren Stadium müßten die rechtgerichteten Militärs ausgeschaltet werden.

2) Die Christdemokraten können aus der Junta austreten, ohne unbedingt der FDR beitreten zu müssen. Wenn sie beitreten, müßte auch eine Einigung mit den reformwilligen Militärs zustandekommen. Aber ist das möglich?

-Wenn sie nicht beitreten, bedeutet das, daß sie ins Exil gehen müßten oder für vogelfrei erklärt würden. Dann bleibt wieder nur die Militärdiktatur und es wird zu einem Bürgerkrieg kommen, in dem möglicherweise die linken Kräfte verlieren würden.

3) Man kann es auch bei dem derzeitigen Zustand belassen. Dann ist eine Eskalation in Richtung auf einen blutigen Bürgerkrieg wahrscheinlich. Dann würden die Christdemokraten von der Bühne verschwinden, wer auch immer den Bürgerkrieg gewinnt.

## USA

## Diktatorenapplaus für Reagan

"Ich glaube nicht, daß wir uns abwenden dürfen von manchen Ländern, die uns grundsätzlich freundlich gesonnen sind, bloß weil sie hier und da nicht völlig mit unseren Vorstellungen von Menschenrecht übereinstimmen" - bei lateinamerikanischen Militärdiktatoren lösen derlei markige Sprüche aus dem Munde des gewählten 40. Präsidenten der USA, Ronald Reagan, Freude aus, und beileibe nicht nur klammheimliche: die Terroristen in den höchsten Staatsämtern klatschen laut Beifall. Denn für sie bedeutet die Wahl Reagans die Hoffnung auf Wiederherstellung neuer und zugleich alter Verhältnisse: ein neues, in striktem Antikommunismus gefestigtes Selbstvertrauen des Großen Bruders im Norden verspricht den Diktaturen politische Aufwertung, Militärhilfe und verstärkte Kapitalinvestitionen, ohne sich um Menschenrechtsfinessen zu scheren - eine Zukunftsvision so recht nach Obristengeschmack. Reagan und sein Beraterstab werden diese Hoffnung wohl nicht trügen. Der künftige Präsident umgibt sich mit Prominenz und Intelligenz konservativster Denkungsart: außenpolitische Falken, ultraliberale Wirtschaftsfachleute, konservative Wissenschaftler, alte Profis aus der Nixon- und Ford-Ära.

Schon die Wahlplattform der Republikaner nimmt kein Blatt vor den Mund: "Wir bedauern die Machtübernahme in Nicaragua durch die marxistische Sandinisten und die marxistischen Versuche, El Salvador, Guatemala und Honduras zu destabilisieren... Wir werden fest zu solchen Ländern halten, die bestrebt sind, ihre Gesellschaften zu entwickeln, während sie gleichzeitig die Subversion und die Gewalt bekämpfen, die Kuba und Moskau exportieren. Wir werden zu dem grundlegenden Prinzip zurückkehren, wonach ein Freund als Freund behandelt wird, und derjenige, der sich selbst zu unserem Feind erklärt, als Feind - ohne uns dafür zu entschuldigen."

Klartext auch zum Kapitel "Auslandshilfe und regionale Sicherheit": "Angemessen verwaltet und ausgerichtet, kann die Auslandshilfe ein wirkungsvolles Mittel zur Förderung der Zielsetzungen amerikanischer Außenpolitik sein und der Erhöhung der amerikanischen Sicherheit dienen, indem sie befreundeten Staaten dabei hilft, stärker und fähiger zu werden, sich selbst ... gegen ausländische Subversion und Angriffe zu verteidigen ... Programme der amerikanischen Auslandshilfe sollten nicht mehr länger ver-

suchen, die Übernahme amerikanischer Regierungsformen aufzuzwingen. Die wesentliche Überlegung sollte sein, ob Hilfeleistungen an einen Staat ... Amerikas Interessen und Zielsetzungen fördert. Der zielbewußte Versuch, amerikanische Werte und Demokratieverständnis aufzuzwingen, hat verschiedene befreundete Staaten untergraben..."

Die Rechnung ist so einfach, daß auch die Pinochets und Lucas Garcias sie verstehen: wer sich durch Folter, Gewerkschaftsunterdrückungen, Verhaftungen von Oppositionellen oder durch ähnliche 'Kavaliersdelikte' gegen "amerikanische Werte und Demokratieverständnis" vergeht, kann auf die Nachsicht der Reagan-Regierung bauen. Das gilt natürlich nicht für alle amerikanischen Wertvorstellungen schlechthin, denn: "Stets wurde Armut allein durch private Wirtschaftsentwicklung ... überwunden. Die amerikanische Wirtschaftshilfe im Ausland sollte ... einen katalytischen Effekt ... haben... Die amerikanischen Hilfsprogramme im Ausland sollten ein Mittel sein, um die amerikanischen Wertvorstellungen zu exportieren". Eine beachtenswerte Zweiteilung der amerikanischen Wertvorstellungen: das freie Unternehmertum muß exportiert werden, bei den anderen Werten drückt die Reagan-Administration beide Augen zu.

## Waffen für Folterregimes

Folgerichtig wird auch die Militärpolitik unter Reagan auf Zimmerlichkeiten versichert: "Solcher (militärische, d. Red.) Beistand an Staaten muß nicht unbedingt gänzliche Zustimmung zur Innenpolitik einer Regierung beinhalten"; auch Folterregimes können künftig auf Waffenlieferungen aus den USA hoffen, wenn sie nur der von Reagan und seiner Mannschaft allerorten gesichteten kommunistischen Subversion Paroli bieten wollen.

Das Gesicht des Imperialismus wird also wieder grimmiger. Kardinalpunkt der politischen Veränderungen, die sich wohl in den nächsten vier Jahren in den Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika vollziehen werden, ist der Aspekt der "kommunistischen Subversion", den die Reagan-Mannschaft so stark in den Vordergrund rückt - die ideologische Aktualisierung des Ost-West-Konfliktes. Nicht einmal mehr auf der Oberfläche der programmatischen Rhetorik spielt der Nord-Süd-Konflikt eine Rolle, wie das zu Carters Zeiten noch eher der Fall war. Das Gespenst der vermeintlichen kommunistischen Subversion, das die Völker ganz Amerikas bedrohe, bietet das legitimatorische Fundament, auf dem die USA ihr neues Herrschaftsgebäude errichten werden. "Kommunistische Subversion" - angesichts dieser Gefahr sind die USA geradezu aufgefordert - so zumindest die unterschwellige Argumentation des Reagan-Teams -, auch korrupten, diktatorischen, menschenrechtsverachtenden Regimes die Stange zu halten. Wenn die nationalen Militärregimes Lateinamerikas die Doktrin der nationalen Sicherheit als ideologische Grundlage für ihre Herrschaft nicht missen mögen, so stärkt ihnen die Reagan'sche Doktrin der regionalen Sicherheit entscheidend den Rücken.

Diese harten Tatsachen überziehen die intellektuellen Berater des künftigen Präsidenten mit dem notwendigen wissenschaftlich-ideologischen Zuckerguß. Eine Reihe der Ratgeber Reagans sind ehemalige Mitarbeiter der Hoover-Institution, einer privaten Stiftung, die der elitären Privatuniversität Stanford in Kalifornien angegliedert ist. "Auf dem Feld der politischen und der ökonomischen Wissenschaften", so schreibt die "Frankfurter Zeitung" bewundernd, "wird hier ... die Abgrenzung zum Kommunismus betrie-

ben. Hier werden genaue Vorstellungen erarbeitet, was Amerika zu denken und zu tun habe".

Prominenter noch als die Mitarbeiter dieses "Think-Tank", die Reagan intellektuelle Hilfestellung geben, ist jedoch der Nobelpreisträger Milton Friedman, den Reagan offen bewundert und der die Pragmatiker in Reagans Mannschaft nachhaltig beeinflusst hat. Friedman wird der neuen Regierung wohl als Berater zur Verfügung stehen, auch wenn er sich um ein Regierungsamt nicht bemüht hat. Er ist Verfechter einer radikal liberalen Wirtschaftspolitik, die auf Staatseingriffe zum Zwecke der Konjunktursteuerung verzichtet und die die Ökonomie dem freien Spiel der Marktkräfte ausliefern soll.

Wer nun an Reagans Kabinetttisch einen Sessel für sich beanspruchen darf, war bei Redaktionsschluß noch Gegenstand zahlreicher Spekulationen. Fest steht jedoch, daß keiner der Männer, die in Washington als ministrabel gehandelt werden (Frauen dürften ohnehin, wie üblich, keine Chance haben), gegen die politischen Leitlinien argumentieren oder gar handeln wird, die Reagans prominente Jet-Set-Wissenschaftler vorgegeben haben. Das ist von ihnen kaum zu erwarten: George Shultz beispielsweise, ein persönlicher Freund von Helmut Schmidt, hat schon Eisenhower und Kennedy mit Rat zur Seite gestanden und Nixon als Arbeits- und Finanzminister gedient; heute ist er - noch - Präsident der Bechtel Corp., des größten privaten Bau-Multis der Welt. Oder Alan Greenspan, Chef einer Wirtschaftsdatenbank und ehemaliger Vorsitzender des amerikanischen Wirtschaftsbeirates, der Friedmans akademische Lehren höchst pragmatisch übersetzt: "Ein System, in dem jeder Egoist sein darf, ist doch wohl auf Dauer das sozialste". Und Richard Allen beriet schon Nixon in außenpolitischen Fragen. Reagan entfernte ihn vor der Wahl aus seiner Mannschaft, weil ihm in der Öffentlichkeit der Vorwurf gemacht wurde, er habe sich in seinem Amt privat bereichert - doch mittlerweile ist Allen wieder für höchste Posten gut. Wie auch immer die Kabinettsliste aussehen wird, die Reagan Mitte Dezember präsentieren will: Exponenten eines strammen Neo-Liberalismus werden die amerikanische Politik der nächsten vier Jahre entscheidend mitbestimmen.

### Stellungnahmen zu Reagan's Wahlsieg

Chiles Präsident Augusto Pinochet beglückwünschte Reagan zu seinem Wahlsieg mit den Worten: "Seine Wahl bedeutet eine Hoffnung für alle Völker, die, wie das unsere, wünschen, daß die Vereinigten Staaten ihre Führerrolle in der internationalen Politik verstärken".

Kolumbiens Präsident Julio César Turbay Ayala: "Ich sehe den Sieg Reagans mit der hoffnungsvollsten Sympathie, in der Hoffnung, daß das, von dem immer gesprochen und was nie erfüllt wurde, in Sachen interamerikanischer Zusammenarbeit nun endlich seinen Anfang findet."

Perús Senatspräsident Oscar Trélez erklärte, der "überwältigende Sieg Reagans" werde eine "grundlegende Veränderung der Außenpolitik der USA" bedeuten, "aber ich denke, daß die Regierung Reagans nicht negativ für die Beziehungen mit Lateinamerika sein wird".

Aristides Royo, Präsident von Panamá, beglückwünschte Reagan und warnte ihn gleichzeitig: "Die Völker Lateinamerikas wünschen,

daß unter Ihrer Regierung die Prinzipien der Selbstbestimmung und Nichteinmischung streng eingehalten werden". Carlos Ozores, Außenminister von Panamá, kommentierte allerdings: "immer wenn Reagan den Mund aufmacht, demonstriert er in aller Offenheit, wie ignorant er in Sachen des internationalen Rechts ist".

Guatemalas Präsident Romeo Lucas Garcia freut sich über die Niederlage Carters, da dieser immer versucht habe, sich in die Politik Guatemalas einzumischen, und zwar soweit, daß er sogar Regierungsfunktionäre nach Guatemala geschickt habe, um mit ihm, Lucas, über radikale Veränderungen in seinem Land zu sprechen - "was ich natürlich nicht akzeptiert habe".

Bolivians Innenminister General Garcia Meza: "Ich bin überzeugt, daß Ihre Regierung den Lateinamerikanern das Vertrauen in das gemeinsame Schicksal der Völker der Hemisphäre als Teil der freien Welt zurückgeben wird".

"Endlich haben wir diese Qual überstanden, die dieser Mann, der uns ständig ungerächtigt angegriffen hat, für uns war", erklärte der Chef der uruguayischen Armee, Hugo L. Marquez. "Der Niedergang, den die Welt in den vergangenen vier Jahren erlebte, ist unvorstellbar. Deshalb sage ich, daß nun ein Licht der Hoffnung über der Menschheit aufgeht".

Die Regierung in Argentinien drückte ihren Optimismus in bezug darauf aus, daß der Regierungswechsel in Washington die Spannungen, die durch das Thema Menschenrechte entstanden sind, vermindern wird. Die Militärjunta erklärte, sie "könnte nicht glücklicher sein" über die Wahl Reagans.

Der Präsident von Venezuela, Luis Herrera Campins, gab in seinem Glückwunschtelegramm an Reagan seinen Wunsch Ausdruck, die bilateralen Beziehungen auf dem gegenwärtigen Stand zu halten und "zu vertiefen", im Sinne des "gegenseitigen Respekts, der Offenheit und der Objektivität und der höchsten Interessen der demokratischen Welt, weil Freiheit, Gerechtigkeit, Würde und Frieden grundlegende Werte sind".

Mexicos Präsident López Portillo antwortete auf die Journalistenfrage, ob er Reagan einen Rat geben wolle, daß er sich nicht einmische. Da er die internen Prozesse der Länder respektiere, die erwachsene Nationen seien und die Fähigkeit besäßen, sich selbst zu regieren.

Mortensia Bussi de Allende, die Witwe Salvador Allendes, erklärte: "Die Wahl Reagans ist ein harter Schlag für ganz Lateinamerika. Ich kann mir vorstellen, welche Freude alle Diktatoren empfinden werden, besonders General Pinochet, der den Ex-Schauspieler als seinen persönlichen Kameraden betrachtet."

# NICARAGUA

## Konturen der Gegenrevolution

Am 17. November wurde in Nicaragua ein Komplott gegen die Sandinisten aufgedeckt, an dessen Spitze der Unternehmerverband des Landes, COSEP, stand. Ziel der Verschwörung sollte der Sturz der "Junta des Nationalen Wiederaufbaus" und die Einsetzung einer aus Zivilisten und Militärs neu geführten Regierung sein. Knapp zwei Wochen nach dem erdrutschartigen Wahlsieg Ronald Reagans wurden damit deutliche Zeichen für die zukünftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen in Nicaragua gesetzt. Die konservative Opposition hat den Klassenkompromiß aufgekündigt, die Politik des Nationalen Wiederaufbaus ist damit praktisch gescheitert. Welche weitergehende Dynamik diese jüngsten Ereignisse beinhalten, wird sich möglicherweise schon in den kommenden Wochen zeigen. Im folgenden zunächst die Chronik der Ereignisse.

### Der Tod von Jorge Salazar

Am 17. 11. wurde der Vizepräsident des Unternehmerverbandes, Jorge Salazar, bei einem Feuergefecht von einer Polizeipatrouille ermordet. Wie der Sicherheitschef des Landes, Lenin Cerna, später bekanntgab, sei man durch die Aufdeckung umfangreichen Waffenschmuggels aus anderen mittelamerikanischen Ländern nach Nicaragua auf die Spur von Salazar gestoßen. Als man seinen Wagen habe anhalten und Salazar festnehmen wollen, habe sein Begleiter das Feuer auf die Polizeistreife eröffnet. Im anschließenden Gefecht sei Salazar dann tödlich getroffen worden. Soweit die erste Version des Todes von Jorge Salazar. Es gibt noch zwei weitere, doch dazu später. Zunächst verdient der Begleiter von Salazar noch einige Beachtung. Es handelt sich dabei um Moncada Lau, genannt "Chema", der früher in der sandinistischen Armee einen hohen Posten bekleidet hatte. Die Aufdeckung eines Komplottes am folgenden Samstag (22. Nov.), konnte seine Rolle in dem Umsturz-Unternehmen zu Tage fördern. An jenem Samstag wurden u.a. ein weiteres Vorstandsmitglied des COSEP, Gabriel Lacayo, seine Frau Dora Maria Lau sowie der Direktor der Handelskammer Managuas, Leonardo Somarriba, festgenommen. In einer Pressekonferenz, die das Innenministerium gab, gestanden die Festgenommenen, Mitglieder einer im Aufbau befindlichen Organisation "Demokratisches Sandinistisches Heer" (EDS) zu sein, die den Sturz der sandinistischen Regierung mit Hilfe von Ex-Somozisten aus Honduras und Guatemala sowie mit Unterstützung der Christdemokratischen Partei El Salvadors und von Oberst Abdul Gutiérrez betreiben sollte. Maria Lau und Lacayo gaben vor der erschienenen Presse an, Kontakte zu sandinistischen Militärs wie auch zu den Angehörigen der früheren Somoza-Garde geknüpft zu haben. Mehrere Treffen mit Gefolgsleuten des Ex-Diktators hätten in San José de Costa Rica stattgefunden. Weitere Anhänger Somozas seien in Honduras und in Miami im Bundesstaat Florida (USA) kontaktiert worden. Maria Lau erklärte, der erschossene Jorge Salazar habe ihr eine Anzahlung von 15.000 Dollar zur Finanzierung der Verschwörung gegeben. Nach Angaben von Somarriba nahmen zwei sandinistische Militäranghörige in der Wohnung des Ehepaares Lacayo an Gesprächen über die Umsturzpläne teil (faz, 24. 11.). Bei einem der

beiden Militärs handelt es sich nun um "Chema", dem Beifahrer im Wagen von Salazar. Wie sein bürgerliche Name Moncada Lau eraten läßt, ist er ein Verwandter der festgenommenen Maria Lau. Seine Funktion war die eines Brückenkopfes zwischen Ex-Somozisten und unzufriedenen Teilen des sandinistischen Heeres. Innerhalb der FSLN sollte er Freunde für den Umsturz werben. Damit wären wir bei der zweiten Version des Todes von Salazar. Auf besagter Pressekonferenz gab Sicherheitschef Cerna den anwesenden Journalisten bekannt, daß es mittlerweile als völlig erwiesen gelte, daß Chema Salazar, für den er arbeitete, erschossen habe. Wollte er seine eigene Rolle im Komplott verdunkeln, sich den Sandinisten als alter Freund zeigen, der einen Konterrevolutionär erschießt? Fragen, über die nun ein Gerichtsverfahren nähere Auskunft geben soll - vorausgesetzt er hat ihn erschossen.

In konservativen Kreisen gelten die Geständnisse des festgenommenen Ehepaares sowie des Handelskammerdirektors als "unter Todesandrohung" erpreßt (FAZ, 25. 11.). Die dritte Version des Todes von Salazar kommt denn auch aus dieser Richtung: Salazar wurde offensichtlich von Sicherheitskräften ermordet, so ließ der Unternehmerverband COSEP in einem Kommuniqué tags darauf verlauten.

### Konzertierte Aktion

Es wäre zweifellos eine Verkennerung der Lage, wollte man den jetzt aufgedeckten Komplott einigen wenigen, besonders aktiven Umstürzern anlasten. Bereits die Internationalität des Verschwörungsnetzes spricht dagegen. Und innenpolitisch deutet alles auf eine konzertierte Aktion konservativer Kräfte und Organisationen hin. Nachdem bereits Anfang dieses Jahres Alfonso Robelo und Violeta Chamorro der Junta des Nationalen Wiederaufbaus ihre Unterstützung entzogen hatten, folgte ihnen nun - eine Woche vor dem aufgedeckten Komplott - die gesamte konservative Opposition Nicaraguas: in einem gemeinsamen Schritt traten alle zu ihr gehörenden Parteien und Verbände aus dem Staatsrat aus. Nun gilt erst recht als sicher, daß der neue US-Präsident seine Ankündigung wahr macht und den vorgesehenen 75-Mio-Doll-Kredit einfriert. Dies würde Nicaragua - und die jüngsten Ereignisse verstärken dies noch - unweigerlich in einen wirtschaftlichen Engpaß führen, der entweder die Verhandlungsposition der Privatindustrie stärken oder aber der Bevölkerung des Landes so viele Opfer beim Wiederaufbau aufbürden würde, daß sich dies in einem zunehmenden Vertrauensverlust gegenüber den Sandinisten auswirken könnte. Jetzt weiß man allerdings, daß die Privatindustrie nicht mehr allein auf Verhandlungen: sprich Neuaushandlung des Klassenkompromisses setzt, sondern eigene Wege zu gehen bereit ist. - Fast jeden Tag finden in Managua nach Aufdeckung der Verschwörung große Demonstrationen zur Unterstützung der Sandinisten statt. Unterstützung versprach auch die Sozialistische Internationale auf ihrem Kongreß in Madrid Anfang des Monats November. Doch nur Gelder, die wirklich eintreffen, sind jetzt bare Münze. Dem zweiten OPEC-Kredit an Nicaragua in Höhe von 10-Mio-Doll müssen Hilfeleistungen von anderer Seite folgen. Die konservative Opposition, das machten die Demonstrationen deutlich, ist innenpolitisch isoliert. Auch sie kann nur auf Erfolgskurs kommen, wenn sie internationale Unterstützung erhält. Ihr Vorteil gegenüber den Sandinisten ist, daß sie dabei nicht so weite Wege zu gehen braucht. Ihre Freunde sitzen nicht selten an den

Hebeln der Macht in den benachbarten Ländern. In einer bereits angekündigten Rundreise wird sie diesen ihr Leid klagen und um Unterstützung werben.

Der Gürtel der Diktaturen, der sich um das Land zieht, wird immer enger. Und vieles spricht dafür, daß die USA unter Reagan ihn so eng ziehen möchten, daß sich das Abenteuer einer Intervention erübrigt: Wirtschaftshilfestop gegen Nicaragua - Aufrüstung der umliegenden Diktaturen.

Vor diesem bedrohlichen Hintergrund endet das Jahr des Wiederaufbaus in Nicaragua. Das kommende, das machen die jüngsten Ereignisse überdeutlich, wird im Zeichen von Putschversuchen gegen die sandinistische Regierung stehen.



## BOLIVIEN

### Bolivien im Umbruch

Die Militärjunta unter Garcia Meza sitzt zwar noch immer im Regierungspalast in La Paz, doch konnte sie ihre politische Macht bisher weder nach innen noch außen festigen. Nach wie vor stützen sich die Putschoffiziere auf ihre militärische Macht und auf die unvermindert anhaltende Repression im Land. Die Uneinigkeit im Militär widerlegt immer offensichtlicher die vielbeschworene Einheit der Streitkräfte und führte im Oktober zu einem gescheiterten Gegenputsch. Unterdessen verschärft sich die Wirtschaftskrise des Landes mit jedem Tag, ohne daß sich eine Lösung abzeichnet.

#### *Außenpolitische Offensive*

Die Anerkennungswelle, die in Osteuropa durch die UdSSR ausgelöst wurde, hat sich nicht fortgesetzt. Noch immer verweigern wichtige Staaten, auch wenn in manchen Bereichen die Zusammenarbeit teilweise fortgesetzt wird, der Junta die ausdrückliche Anerkennung. Am stärksten trifft die Haltung der USA die Putschisten, weil neben der wichtigen Signalwirkung der Washingtoner Politik im Westen auch das wirtschaftliche Überleben dieser Regierung weitgehend von den Finanzquellen aus den USA abhängt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang sind Äußerungen aus dem Beraterkreis des neu gewählten US-Präsidenten Reagan, auf den die Diktatoren Lateinamerikas große Hoffnungen setzen. Auch die neue US-Administration scheint nicht bereit zu sein, mit einem Regime Garcia Meza, Arce Gomez und Ariel Coca - diese Namen wurden genannt - zusammenzuarbeiten. Da diese 3 Namen die wichtigsten Exponenten der Kokain-Mafia sind, bestätigt dies den wahren Grund der konsequenten Haltung der US-Regierung und zeigt die Ernsthaftigkeit des Drogen-Bekämpfung-Programms.

Bisher hat noch keine Regierung des Andenpaktbes am Regime in La Paz anerkannt, aber Peru hat bereits deutlich signalisiert, daß es der Realität der Militärregierung bei nächster Gelegenheit durch eine Anerkennung Rechnung tragen wird. Dieser Schritt der Regierung Belaunde könnte einen wichtigen Durchbruch darstellen. Die Junta in La Paz hat in ihrer außenpolitischen Offensive um Anerkennung zunehmend ihr Augenmerk auf den Andenpakt gerichtet. Trotz starker nationalistischer Töne scheinen die Offiziere in La Paz die Bedeutung des Andenpaktbes für Bolivien erkannt zu haben. Es ist ihnen wohl klar geworden, daß eine enge wirtschaftliche Bindung an Argentinien für Bolivien keine Vorteile bringen würde. In letzter Zeit haben deshalb die Angriffe auf den Andenpakt nachgelassen, und es wurde deutlich, daß Bolivien im Pakt bleiben sollte.

Wie wichtig ihnen das internationale Ansehen und das Verhalten der ausländischen Regierungen ist, zeigt die jüngste Aktion zur außenpolitischen Imagepflege. Die Regierung will "alle" politischen Gefangenen freilassen und ins Ausland abschieben. Dabei werden Zahlen genannt von denen allgemein bekannt ist, daß es sich höchstens um einen Bruchteil der Gefangenen und Verschwundenen handeln kann, die seit dem 17. Juli festgenommen wurden und über deren Zahl es bis heute noch keine Klarheit gibt. Mit großem Propagandaaufwand werden vor allem diejenigen noch lebenden politischen und vor allem gewerkschaftlichen Führer freigelassen, deren Namen international bekannt sind, wie Lechin Oquendo und Simon Reyes. Über den Verbleib von vielen "Namenlosen", für die man sich nicht so direkt einsetzen konnte, erfährt man wenig. Sie werden in den anderen Teil des Programmes einbezogen. Angeblich sollen auch die Konzentrationslager aufgelöst werden - was mit einigen schon geschehen ist. Dafür haben sich die Repressionskräfte einen ebenso wirkungsvollen Ersatz ausgedacht, der am treffendsten mit **Verbannung** zu übersetzen ist. In entlegenen, besonders unwirtlichen Gebieten ohne Verkehrsverbindungen, aber militärischer Präsenz, werden die unliebsamen Opponenten angesiedelt, mit der Auflage, die Orte nicht zu verlassen.

### Der erste Gegenputsch

Im Oktober kam es zu dem seit langem erwarteten Gegenputsch, der jedoch in einem ganz frühen Stadium scheiterte. Weil er für die konkrete Situation in Bolivien wenig Bedeutung hatte, wurde der Putschversuch kaum beachtet oder nicht einmal im Ausland bekannt, jedenfalls wurde kaum darüber berichtet. Das Programm der Gegenputschisten ist nicht bekannt geworden, lediglich einige Punkte drangen an die Öffentlichkeit. Es ist klar, daß der wichtigste Punkt die **Beseitigung der Garcia Meza-Arce Gomez-Klique** war, die zu sehr die Weste der Streitkräfte beschmutzen.

Unter diesem kleinsten gemeinsamen Nenner hat sich eine Gruppe von Offizieren unterschiedlichster politischer Ausrichtung zusammengefunden, um selbst an die Macht zu kommen. Zu ihnen gehören der Banzer-Exponent Vargas Salinas ebenso wie der Konstitutionalist und Planungsminister unter Padilla Gary Prado. Außerdem waren der Putsch-Führer vom November Natusch Busch und einer der brutalsten Kommandeure des November-Putsches Doria Medina beteiligt. Letzterer soll die ganze Aktion verraten haben.

Natusch Busch will scheinbar für die Niederlage vom November eine Rehabilitation erreichen. Deshalb soll er unter anderem die Wiederzulassung von Parteien und Gewerkschaften und die Ausschreibung von Wahlen propagiert haben.

Es ist schwer zu sagen, ob dieser verratene Umsturzversuch vom 24. Oktober die vielfach angedeutete Wende war, auf die viele Exilpolitiker ihre Hoffnungen setzten. Wenn auch die sehr heterogene Zusammensetzung der Oppositionsgruppe im Militär keinen notwendigerweise positiven Wandel nach einem geglückten Gegenputsch erwarten ließ, so muß dies doch als ein Rückschlag gewertet werden. Die regierenden Militärs werden in den Streitkräften versuchen, ihre Gegner besser unter Kontrolle zu halten, wodurch den liberalen Militärs der Kontakt zum Widerstand erschwert wird; ob ihnen das auf die Dauer gelingen kann ist eine andere Frage.

Um das Bild der Streitkräfte abzurunden, muß auch der Streit mit einer anderen Gruppe erwähnt werden. Auch innerhalb der Drogenhändler im Militär herrscht Uneinigkeit. Der General Echeverria von Sta. Cruz steht schon seit längerem in Opposition mit Arce Gomez. Es scheint aber, daß es schwerfällt, ihm kaltzustellen wegen seiner starken Position in der Kokain-Mafia.



Verbleibende Staatstätigkeit in der Wirtschaft

Im Zinnbergbau, dem wichtigsten Exportsektor des Landes (30%), ist 1979 die niedrigste Produktion (27 781 Tonnen Feinzinn) seit 1967 erreicht worden. Für 1980 wird ein weiterer Rückgang von fast 10% erwartet und die Produktion wird bei den Niedrig-Rekorden der fünfziger Jahre liegen. All das trifft zusammen mit dem dauernden Rückgang des Zinnpreises.

Die "Regierung des Nationalen Wiederaufbaus" (!) hat inzwischen eine nationale Beraterkommission beauftragt, einen Generalplan zu erarbeiten, der frei sein soll von "ausländischen Theorien", die das Land nicht weiter brachten. In Wirklichkeit besteht aber bereits eine enge Zusammenarbeit mit der Weltbank, die einige Maßnahmen bereits öffentlich gutgeheißen hat und eine Wirtschaftskommission nach Bolivien schicken will, um eine Länderstudie zu erarbeiten, auf deren Basis dann ein "neuer Ansatz für die Entwicklung" gemacht werden kann.

Viele erwartete Einzelmaßnahmen, mit denen unmittelbar nach Weihnachten gerechnet wird, schließen zwar an das Wirtschaftspaket vom November 1979 an, aber im Zusammenhang mit weiterreichenden Maßnahmen, die bereits angekündigt wurden, ist eine grundlegende Umstrukturierung mit weitreichenden Folgen vorgesehen, die einen direkten Zusammenhang zur Wirtschaftspolitik in Chile und Argentinien erkennen lassen.

Die schon tragische Wirtschaftslage bringt die Junta am stärksten in Bedrängnis. Die im wahrsten Sinne des Wortes leeren Kassen von Staat und Zentralbank im Zusammenhang mit den Auslandsschulden und der sinkenden Produktion der Wirtschaft zwingen die Regierung zum Handeln. Bisher sind nur einzelne Maßnahmen verkündet worden, und es läßt sich daraus erkennen, daß die Putschisten nicht von Anfang an mit klaren Vorstellungen und einem ausgearbeiteten Wirtschaftskonzept angetreten sind.

Unter dem Druck der ausländischen Kreditgeber zeichnen sich drastische wirtschaftspolitische Maßnahmen ab, die die ideologische Verwandtschaft mit den Nachbardiktaturen deutlich unterstreichen. Aus der anfänglichen Konzeptionslosigkeit entwickelte sich inzwischen eine Linie, die auf tiefgreifende strukturelle Veränderungen hinauslaufen soll.

Die Auslandsverschuldung ist inzwischen bei 4 Mrd. US\$ angelangt, und der Schuldendienst frißt in diesem Jahr 50% der Exporteinnahmen. Mit einer pro Kopf-Verschuldung von 800 US\$ liegt Bolivien an der Spitze in Lateinamerika. Die ausländische Schuldenlast wiegt umso schwerer, weil gleichzeitig im Land in allen Sektoren, auch als Ergebnis des passiven Widerstandes, die Produktion zurückgeht.

Der Staat zieht sich aus vielen Teilen der Wirtschaft zurück, und die Bolivianer sollen in viel stärkerem Maße dem Markt ausgesetzt werden. Es sollen vor allem die Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen werden und die Energiekosten erhöht werden, d.h. dem höheren Weltmarktpreisniveau angeglichen werden. Da die Energiepreise ein Auslöser für die Transportkosten und alle weiteren Preiserhöhungen sind, ist im Zusammenhang mit der ebenfalls erwarteten weiteren Abwertung des Peso eine große Welle der Preiserhöhungen zu erwarten. Gleichzeitig wurde deutlich gemacht, daß nicht mit Lohnerhöhungen zu rechnen ist, die den Kaufkraftverlust teilweise kompensieren könnten.

Neben Investitionsanreizen und Steuererleichterungen für die Privatwirtschaft, was im Bergbau auf Betreiben der mittleren Bergbauunternehmen schon geschehen ist, wird z.Z. die Reprivatisierung der wichtigsten staatlichen Unternehmen vorbereitet. Die staatliche Bergbaugesellschaft COMIBOL, die Erdöl- und Erdgasgesellschaft YPFB und die staatliche Entwicklungsgesellschaft CBF (Industriebetriebe) sollen rationalisiert und reprivatisiert werden. Damit werden die wirtschaftlich mit Abstand bedeutendsten und größten Unternehmen des Landes unter private Kontrolle gestellt. Außerdem wird dadurch der gesamte Bereich der Bodenschätze privatisiert.

Damit wird eines der wichtigsten Ergebnisse der Revolution von 1952 rückgängig gemacht. Es ist nicht zu erwarten, daß die reprivatisierten Unternehmen des Bergbaus und des Erdöls auf Dauer mit dem bestehenden Schuldenberg leben wollen. Die daraus resultierenden sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen lassen sich in ihrem vollen Ausmaß kaum absehen, nicht einmal wenn man nach Chile oder Argentinien schaut, wo ja nie über so lange Zeit eine derart ausgeprägte Staatstätigkeit in Schlüsselsektoren der Wirtschaft bestand.

Quellen: SZ, FAZ, Bolivia semanal, COB - Dokumente, Sonderkorrespondent

## KOLUMBIEN

### Die geplante Amnestie

Der Plan einer Amnestie für politische Häftlinge und Aufständische ist im November einen großen Schritt vorangekommen: Die führenden Repräsentanten der Parteien des kolumbianischen Kongresses gelangten zu einer Übereinkunft mit der Regierung des Präsidenten Turbay Ayala, in der von einer weitgefaßten Amnestie die Rede ist. Diese Amnestie soll alle politisch motivierten Straftaten einschließen, die von Angehörigen der Guerrillagruppen begangen wurde, mit Ausnahme von Entführung, Mord, Erpressung, Brandschatzung und "andere grausame und barbarische Taten". Die Möglichkeit einer Amnestie bannte sich in Kolumbien seit dem Mai dieses Jahres an, nachdem zwischen der Guerrillabewegung M-19 und der Regierung ein Abkommen über die Räumung der dominikanischen Botschaft in Bogotá geschlossen worden war.

Im Juni leitete die Regierung dem Kongress eine Gesetzesvorlage zur Amnestierung solcher Personen zu, die sich im bewaffneten Aufstand befinden, sofern sie ihre Waffen niederlegen und den Militärbehörden übergeben würden. Dieser Gesetzesentwurf nahm solche Häftlinge aus, die sich wegen politischer Straftaten im Gefängnis oder in Untersuchungshaft befinden. Nach Angaben des Verteidigungsministers General Camacho Leyva handelt es sich dabei um 1027 Personen. Das Projekt wurde von den im Lande operierenden Guerrillagruppen abgelehnt, aber auch einige Parlamentarier der Linken und der traditionellen Parteien lehnten den Gesetzesentwurf als zu restriktiv ab.

Eine parlamentarische Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des liberalen Abgeordneten Simon Bossa Lopez erarbeitete einen Bericht, in dem eine umfassende Amnestie für Aufständische und Untersuchungsgefangene sowie ein Gnadenlaß für die bereits Verurteilten gefordert wurde.

Die Parteien der Linken und verschiedene Menschenrechtsorganisationen (wie das Comité para la Defensa de los Derechos Humanos und das Comité de Solidaridad para los presos Políticos) hatten ebenfalls eine Amnestie aller politisch motivierten Straftäter sowie eine Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Sicherheitsstatuts von 1978 gefordert. Diesen Forderungen schloß sich das 2. Forum zur Verteidigung der Menschenrechte an, das im August in Bogotá stattfand. Diese Forderungen wurden von der Regierung zunächst zurückgewiesen. In der kolumbianischen Öffentlichkeit machte sich jedoch bis in die herrschenden Parteien hinein eine immer stärkere Kritik an den Menschenrechtsverletzungen und an dem Vorgehen des Militärs breit, die sich auf Angaben internationaler Organisationen wie der Bericht von Amnesty International vom September stützen konnte. Dies schuf ein Klima, das die Regierung zum Zinsinken auf die Vorstellungen des Kongressausschusses bewog.

Die Amnestie soll dem Vernehmen nach auch Delikte wie die Besetzung der dominikanischen Botschaft, den Besitz und Diebstahl von Waffen sowie andere genau definierte Anklagen umfassen. Dies würde eine große Zahl der mehr als 1000 inhaftierten politischen Gefangenen einschließen. In einem Interview mit der "New-York-Times" versicherte Präsident Turbay Ayala, "wenn die aufständischen die Amnestie annehmen, gibt es keinen Grund mehr für eine Verlängerung des Ausnahmezustandes". Die Gesetzesvorlage sehe eine schnelle Abwicklung der Verfahren bei allen Personen vor, die gleichgültig ob sie sich in Kolumbien oder im Ausland aufhielten, bis zu 4 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes in den Genuß dieser Maßnahmen kommen könnten.

Der zuständige Parlamentsausschuß hatte sich zunächst die Forderung der Opposition nach einer umfassenden Amnestie zu eigen gemacht und die einschränkenden Bestimmungen gestrichen. Daraufhin zog die Regierung den eingebrachten Entwurf zurück. Nach einwöchigen Tauziehen sah sich der Parlamentsausschuß am 25. November genötigt, den Amnestieentwurf in der von der Regierung vorgelegten Form zu billigen. Es wird erwartet, daß die Gesetzesvorlage ohne Schwierigkeiten das Plenum des Abgeordnetenhauses und des Senats passieren wird.



Kolumbiens Präsident Julio César Turbay mit Frau

## Campesinos beklagen Verhaftungen und Morde

Nach Angaben des nationalen Bauernverbandes ANUC, der 350.000 Familien umfaßt, wurden in jüngster Vergangenheit achtzehn Bauern aus den Gemeinden Cienaga und Puerto Lopez festgenommen. Sie werden beschuldigt, Ländereien von Großgrundbesitzern besetzt zu haben.

In Cienaga wurden 7 Bauern verhaftet, weil sie die Ländereien von Acandi in Besitz genommen haben sollen, welche vor sieben Jahren, im Zuge der Bodenreform unter zwölf Familien aufgeteilt worden war, jedoch vom Institut für Agrarreform INCORA an Privatpersonen verpachtet worden sind.

Der geschäftsführende Vorsitzende der ANUC fügte hinzu, daß man elf Bauern aus Puerto Lopez mit der Guerilla in Verbindung bringen will, indem man ihnen vorwirft, die Besetzung unter Waffengewalt vorgenommen zu haben.

Die ANUC gibt ferner an, daß die Großgrundbesitzer bewaffnete Schlägertrupps anheuern, um die Bauern zu ermorden.

Die juristische Abteilung der Agrarbehörde kündigte Untersuchungen an, bezüglich der versuchten Attentate sowie der Mordfälle an Bauern und Landarbeitern.

Die ANUC entstand während der Regierungszeit des Ex-Präsidenten Carlos Lleras Restrepo (1966-1970) als Bestandteil der geplanten Agrarreform. Aufgrund einer organisierten Landnahme durch die Bauern (872 Besetzungen im Feb. 71) wurde unter der Herrschaft Misael Pastrana Borreros der Pakt von Chirral beschlossen, welcher die Landreform abblockte und sich auf eine Industrialisierung Kolumbiens konzentrierte. Gleichzeitig kam es zu einer Spaltung der ANUC. Zur Zeit gibt es zwei Linien in der ANUC: der offizielle Teil ARMENIA arbeitet unter der wohlwollenden Förderung des Ministeriums für Landwirtschaft. Die SINCELEJO ist zwar nicht offiziell, jedoch legal. Am 26. Oktober schlug das Exekutivkomitee der SINCELEJO eine Wiedervereinigung beider Gruppierungen vor, besonders im Hinblick auf den nationalen Bauernkongreß, der im Februar kommenden Jahres in Cali stattfinden wird.

In einer Denkschrift, die die Bauern von Plato, Department Magdalena, der juristischen Abteilung der Agrarbehörde am 28. Oktober zugeleitet haben, schildern sie die schwerwiegenden Probleme, die sie mit den Großgrundbesitzern haben:

- So hätten bewaffnete Schlägertrupps vor 3 Jahren die elfjährige Carmen Helena Vareala erschossen, ohne daß die Behörden eine Untersuchung eingeleitet hätten.
- Die Banden zündeten Häuser an, trieben das Vieh der Großgrundbesitzer über die Felder und zerstörten so die Ernte. Zur Zeit säen die Großgrundbesitzer Feindschaft und Unfrieden gegen die Bauern.
- Die Denkschrift weist ferner darauf hin, daß die Ländereien von Vistahermosa seit 1969 von sieben Bauernfamilien bewirtschaftet werden, die der Großgrundbesitzer oft mit Hilfe der Polizei bekämpft.

Nach Ansicht der ANUC konzentrieren 2500 Großgrundbesitzer 30 Millionen ha Land in ihrem Besitz, während demgegenüber mehr als eine Million Bauernfamilien nur acht Millionen ha bewirtschaften. Die gleiche Quelle gibt an, daß etwa 75% der Parlamentsabgeordneten in Karamer und Senat direkte Handlanger der Großgrundbesitzer seien.

In einer Kongreßdebatte über das Landwirtschafts- Marktinstitut IDEMA sagte Oscar Sanchez als Sprecher der ANUC, daß man bei der Gründung der Organisation geglaubt habe, daß sich die Marktchancen für die ländlichen Produkte verbessern würden. Nimmehr habe sich die IDEMA in eine Organisation für den Wiederverkauf von landwirtschaftlichen Produkten der USA, Polens und der UdSSR entwickelt. Die IDEMA importierte vergangen Jahr mehrere Millionen Tonnen Weizen zu Preisen, die über dem Weltmarktniveau lagen. Dies führte zu einem Bruch in der Organisation.

Eine kürzliche Untersuchung der nationalen Vereinigung von Finanzinstitutionen ANIF weist darauf hin, daß sich bis 1985 die Krise in der Lebensmittelversorgung verschärfen werde, was einen Mangel an Fleisch, Weizen, Speiseöl, Gemüse, Mais und Soja zur Folge haben wird. Der Vorsitzende der ANUC sagte, daß ihr Kampf für die Agrarreformen auf die Liquidierung der Großgrundbesitzes und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit abzielt. Angesichts des Fehlens einer wirksamen Agrarpolitik werde man sich für eine Verbesserung des genossenschaftlichen Systems einsetzen, sagte der Bauernführer.

Quellen: El Espectador, Bogotá  
El Tiempo, Bogotá  
Interpress Service, London  
Monitordienst der Deutschen Welle, Köln



## CHILE

### Sabotageakte und Widerstandsorganisationen

Am 11. November gingen um 21.45 Uhr Ortszeit in weiten Teilen Santiagos, Valparaisos und des eleganten Viña del Mar für einige Stunden die Lichter aus. Radio und Fernsehen mußten minutenlang ihre Programme unterbrechen.

Ursache war der gleichzeitige Sprengstoffanschlag auf mehrere wichtige Hochspannungsmasten in der Hauptstadtregion - laut HOY waren es insgesamt 4, laut AFP sogar 7.

In einer Zweigniederlassung der Firma Renault in Maipo, 16 km außerhalb von Santiago, wurde es hingegen in derselben Nacht ungewöhnlich hell: mehr als 100 auf Käufer wartende Neuwagen gingen in Flammen auf. Der Sachschaden bei den Hochspannungsmasten wurde von den Behörden mit 100.000, bei Renault vom Zweigstellenleiter mit 2 Millionen US-Dollar angegeben.

Vorausgegangen waren bereits in der ersten Novemberwoche acht Bombenanschläge auf Kaufhäuser und öffentliche Gebäude, wobei ebenfalls erheblicher Sachschaden entstand, Menschen jedoch nicht verletzt wurden. Am schwersten betroffen wurde das Junta-eigene Luxusrestaurant Camino Real, das bis auf die Grundmauern zerstört wurde.

Nach den Anschlägen auf die Hochspannungsmasten wurden die neutralgischen und strategisch wichtigen Punkte Santiagos sofort von Patrouillen der Militärpolizei besetzt. Die Spezialeinheiten des Militärs, der Karabineros und des CNI wurden verstärkt. Hundertschaften dieser 'Antiterrorbrigaden' durchkämmen verdächtige Stadtviertel. Täglich kreisen Polizeihubschrauber über der Hauptstadt. Nach einem Banküberfall erschossen Angehörige des CNI bei einem Schußwechsel im Stadtzentrum von Santiago zwei Männer, von denen einer Mitglied des MIR gewesen sein soll.

Es wäre sicher verfrüht, die Serie der erfolgreichen Sabotageakte, die Anfang November in Santiago und Umgebung durch Kommandos der "Milizen des Volkswiderstandes" (die 'resistencia popular' ist eine vom MIR getragene militärische Aktion) ausgeführt wurden, als eine neue Etappe oder gar schon als Übergang zum bewaffneten Kampf zu interpretieren. Es ist jedoch unverkennbar, daß nach der breiten Mobilisierung der Linken und nach den verschiedenen euphorischen Einheitsbekundungen der Opposition während der Zeit des 'Plebiscits' Ernüchterung eingetreten ist hinsichtlich der realen Möglichkeiten der Anti-Pinochet-Front, einen Redemokratisierungsprozeß in Chile einzuleiten und die Militärdiktatur zu stürzen.

Es ist durchaus möglich, daß diese Ernüchterung die chilenische Linke dazu bringt, den bewaffneten Kampf als eine der notwendigen Kampfformen stärker in ihre strategischen Überlegungen einzubeziehen als das in den sieben Jahren bis zum 11.9.1980 der Fall gewesen ist. Auch Luis Corvalan, der Führer der chilenischen KP, betonte in einer Grundsatzrede am 3.9.80, daß alle Formen des Kampfes gegen die faschistische Diktatur in Erwägung gezogen werden müßten. So gesehen, könnten die Anschläge vom November ein Test für die Zukunft gewesen sein. Sicher ist jedenfalls, daß es sich diesmal nicht um vom CNI provozierte Aktionen, sondern um empfindliche Schläge gegen das Militär-Regime gehandelt hat.

### Interview mit Andrés Pascal (MIR)

Der Volkswiderstand entsteht, weil unter den Arbeitern, der Jugend, den Kämpfern der Linken und anderen Sektoren, die gegen die Diktatur sind, sich das Bewußtsein ausbreitet, daß das Volk nur auf seine eigenen Kräfte vertrauen kann, um die Diktatur zu stürzen.

Da Imperialismus und das große Kapital, aber auch die bürgerliche Opposition kein Interesse haben, die Diktatur zu stürzen, bleibt nur der Volkswiderstand.

"Der Volkswiderstand ist nichts anderes als der unabhängige demokratische Kampf des Volkes, und er umfaßt alle Sektoren des Volkes, die sich nicht der Bourgeoisie unterordnen wollen, sondern ihren eigenen Kampf führen wollen, den Krieg gegen die Diktatur.

Sie beziehen sich auf den militärischen Kampf gegen die Diktatur?

Nicht nur auf den militärischen Kampf, der natürlich einen entscheidenden Teil unseres Kampfes gegen die Tyrannei darstellt. Aber der Kampf ist mehr als der militärische Kampf; es handelt sich um die Mobilisierung dieser ungeheuren gesellschaftlichen, politischen und militärischen Kraft, und auch des militärischen Potentials, über das unser Volk verfügt, um sich gegenüber der Diktatur offensiv zu verhalten.

Aber wird der Widerstand der repressiven Gewalt der Militärdiktatur gegenüber-treten können?

Tatsächlich hat die Diktatur einen großen und gut bewaffneten Unterdrückungsapparat. Das erlaubt ihr, ihr Unterdrückungsregime zu errichten, brutal die Volksbewegung zu unterdrücken, zum Rückzug zu zwingen, zum Verlust der Initiative.

Deshalb breitete sich Mutlosigkeit und Furcht aus. Teile der Volksbewegung verloren das Vertrauen in die Kraft des Volkes, und richteten ihre Augen auf Teile der Bourgeoisie, in der falschen Hoffnung, sie könne unser Volk retten. Aber trotz all ihrer repressiven Gewalt konnte die Diktatur die Volksbewegung nicht zerstören. Langsam begannen sich die Arbeiterbewegung, Gruppen der Linen, christliche Sektoren und die Jugend wieder zu aktivieren. Diesen Sektoren entstammt die Bewegung des Volkswiderstandes, der die Initiative wieder ergreift und lernt, daß die Kraft des Volkes in seiner Einheit besteht und in seiner Fähigkeit, kombiniert verschiedene Kampfformen anzuwenden. Der legale und halblegale Kampf um demokratische Forderungen. Der politische Kampf gegen die Diktatur im Untergrund. Illegale Massenmobilisierungen, die offen und direkt die Diktatur herausfordern. Und der Widerstand zeigt auch, die Möglichkeit, die Diktatur militärisch zu bekämpfen, eine bewaffnete Macht des Volkes zu errichten, die der Tyrannei harte Schläge zufügt. Die Entwicklung all dieser Kampfformen in allen sozialen Sektoren des Volkes über das ganze Land erlaubt dem Widerstand ein ständiges Anwachsen seiner Kräfte. Das ist die Grundlage für die strategische Überlegenheit des Volkes über die Diktatur. Und der Beweis dafür ist, daß wir diesen Krieg des Volkes in verschiedenen Formen begonnen haben, ohne daß die Diktatur fähig gewesen ist, die Entwicklung des Widerstands aufzuhalten. Jetzt sind wir es, die die Initiative haben, die zuschlagen, die stärker werden. Die Diktatur wird geschwächt."

(aus: EL REBELDE, Organ des MIR, Juli 1980)

## PARAGUAY

### Aus der Anzeigenwelt

In besonders eindrucksvoller und nicht zu übersehender Art und Weise druckte am 15./16. Oktober die 'Süddeutsche Zeitung' eine ganzseitige Anzeige der Treubesitz-Südamerika Gmbh ab. Diese Anzeige der Mainzer Verwaltungsgesellschaft wirbt für die "alternative Freiheit Paraguays".

Etwas peinlich wirkte der vorseitige Artikel dieser Ausgabe, der das baldige Absterben der "Diktatur in Paraguay" verkündete. Dieser Artikel mußte sich allerdings mit einem durchschnittlichen, unauffälligen Lay-out zufrieden geben. Welche Bedeutung ist nun Form und Inhalt dieser Artikel beizumessen?

Nun, inhaltlich verspricht die ganzseitige Anzeige den eventuellen Interessenten "ein friedliches und stabiles Land". Indirekt wird auf die zukünftige ökonomische Potenz Paraguays hingewiesen, verkörpert durch das im Bau befindliche größte Wasserkraftwerk der Erde, kurz Itaipú benannt. Weiterhin gibt es weder Minoritätsprobleme noch Proletariat, sozusagen soziologisch traumhaft für Unternehmer. Und vor allem ist das angepriesene Land Deutschland verbunden, wie ich lesen konnte. Ich nehme an, daß damit der westliche, freie Teil Deutschlands gemeint ist. Angeföhrt von dem fränkischen Bierbrauersohn namens Alfredo Strössner als Führer dieses Paradieses bis hin zu den Zuflucht suchenden 'Ariern' unsere dunklen Vergangenheit. Man ist halt gerne zusammen. Und diese heimatische Zusammenkunft soll nun durch Interessen und den überzeugenden Hinweis - "Rinder kaufen, Steuern sparen". Das fruchtbare Land im Osten und vor allem Beratern bilden den vertrauensvollen Rahmen der Anzeige. Zur einleitenden Information werden die Schriften des deutschen Botschafters in Paraguay, Herrn Krier, empfohlen, der sich sicherlich in besonderer Weise dieser Anzeige anzuschließen wisse (Daueraufenthaltsgenehmigung!). Etwas irritiert bin ich nun doch (man lernt ja auch ein wenig), warum bei derart eindeutig positiven Verhältnissen die Anzeige so protzig ausfallen muß. Aufmerksamem Lesen unserer täglichen Zeitungswelt wird nicht entgangen sein, daß ein auffallendes Lay-out es nie dort gewährt wird, wo es inhaltlich mangelhaft. Noch verwirrender werde ich durch andere Veröffentlichungen, die über raschender Weise im gewissen Widerspruch zu dieser Anzeige stehen. Ich las gar von Verfolgungen und Vertreibungen der ansässigen Landbevölkerung, vor allem im Grenzgebiet zu Brasilien. Obgleich sollen sich 200.000 Brasilianer in Paraguay niedergelassen haben.

# PARAGUAY

## Alternative Freiheit



Paraguay ist seit Jahrzehnten ein friedliches und stabiles Land. Die paraguayische Währung ist die stabile in Südamerika und gehört zu den Hartwährungen der Welt. Seit Jahren ist der Zuwachs am Bruttoinlandsprodukt der größte aller süd- und mittelamerikanischen Länder. Binnen weniger Jahre ist Paraguay der größte Stromexporteur der Welt. Freier Devisenmarkt.

Das Land hat keine Minderheitsprobleme, die Bevölkerung ist einheitlich spanisch-sprechend und fühlt sich dem freien Westen und insbesondere Deutschland verbunden. Das Kernstück ist die Familie.

Paraguay kennt kein Industrie-proletariat, sondern ist weitgehend landwirtschaftlich, blaufrisch strukturiert.

Schon in wenigen Jahren ist Paraguay das Land auf der Welt, was das günstigste Verhältnis von Einwohnern zu Besitzern von Eigentum an Grund und Boden aufweist. Die einmalige soziologische Situation führt schon seit Jahrzehnten ungenutzt zu sozialen Frieden, Stabilität und guten Zukunftsaussichten.

Fast doppelt so groß wie die Bundesrepublik, bei nur 2,8 Millionen Einwohnern, bietet Paraguay noch viel Raum und heißt Investoren willkommen.

Wir, das große Farmmanagementunternehmen in Paraguay unter deutscher Leitung helfen dem Anleger bei seiner Investitionsentscheidung:

### Angebote:

#### Rinder kaufen - Steuern sparen

1. Kauf und Finanzierung von Rindern, 240% VERLUSTZUGERÄTUNG (bezogen auf das einzunehmende Eigenkapital in Höhe von DM 15.000,-), anerkannt durch ein reales Betriebsfinanzamt, kein negatives Kapitalkonto, keine Nachhaftung, keine Nachschulpflicht. Beteiligung ab DM 25000,- oder ein Mehrfaches. Ihr Eigenkapital wird mit DM 11000,- Steuererstattung überdeckt.

2. Kauf von gesundem fruchtbarer Land in Ost-Paraguay. 2 Ernten pro Jahr möglich. In bester klimatischer Lage, deutsche Genossenschaften in der Nachbarschaft, großer, natürlicher Holzbestand ab DM 500,- pro Hektar.

3. Vernetzung von Beteiligungen an fertigen Farmbetrieben (Viehhaltung = Forstwirtschaft, Ackerbau), die zu den größten Farmvorhaben gehören, die von Deutschen aktiv bewirtschaftet werden.

4. Wirtschaftsbüro und Anlagensberatung jeder Art wie z. B. Ausarbeitung von Gutachten, Geländeuntersuchungen, Wertschätzungen, Beteiligungen, Betriebsbuchhaltung, Datenverarbeitung und Erfolgskontrolle. Sie wollen in Paraguay wirtschaftlich tätig werden - wir sind Ihr Gesprächspartner.

#### Daueraufenthaltsgenehmigung

Aufgrund eines besonderen Dekrets der paraguayischen Regierung erhalten Sie durch uns für Paraguay eine Daueraufenthaltsgenehmigung, ohne die Einwanderung vollziehen zu müssen. Wo gibt es das sonst noch in der freien Welt.

**Daher: Über uns  
ins freie Paraguay.**

COUPON	
Ich interessiere mich für Ihre Angebote in Paraguay.	
<input type="checkbox"/> Angebot 1	<input type="checkbox"/> Angebot 3
<input type="checkbox"/> Angebot 2	<input type="checkbox"/> Angebot 4
Name _____	Bitte einreichen an:
Strasse _____	Technische-Studienbüro
Wohnort _____	Verwaltungsgesellschaft mbH
Telefon-Nr. _____	Am der Chidlogruße 34/Postfach 3429
	6400 Mainz
	Telefon 045 347 1080-51046

Informationschriften:  
1. Krier: "TAFELBERG PARAGUAY" 5. Auflage 1979, DM 16,00  
2. Krier & Peneminski: "Paraguay-Reiseführer" 3. Auflage 1979, DM 18,90  
3. Krier: "Die Deutschen in Paraguay" 1979, DM 9,00  
4. Krier: "Die Deutschen in Paraguay" 1979, DM 9,00  
5. Krier: "Die Deutschen in Paraguay" 1979, DM 9,00  
6. Krier: "Die Deutschen in Paraguay" 1979, DM 9,00

Aus anderen Quellen erfuhr ich, daß das staatliche Institut für Landwirtschaft eher die weniger Großgrundbesitzer begünstigt, welche auch phantastische Dreiviertel der nutzbaren Bodenfläche besitzen sollen. Sicherlich ist der offensichtliche Betrug an brasilianischen Anliegern und Interessenten wenig Trost für die vertriebenen Paraguayer, dank ich mir. Einige reden vom Ausverkauf des Landes an ausländische Konzerne, die schließlich über andere finanzielle Kapazitäten verfügen. Ich muß gestehen, ich bin misstrauisch geworden. Und je mehr ich mich informiere, desto mehr Anlaß schein ich dazu zu haben. Nach fruchtbarem Nachdenken entscheide ich mich, mein Geld doch nicht in Paraguay anzulegen. Ich warte lieber, bis die zukünftigen Anzeigen der 'Treubestitz-Südamerika GmbH' solche Ausmaße erreicht haben, daß sie ganz aus den Zeitungen herausfallen - wegen der vielen weißen Flächen und der Leere. Form und Inhalt nehme ich eben doch zusammen, scheint mir.

Folzgesellschaften und Viehzüchter kaufen ganze Landstriche auf; die besten Hölzer werden herausgeschlagen, der Rest verbrannt



Die oben genannten "Informationschriften"  
Krier: "Tafelberg Paraguay" 5. Aufl. 1979, DM 16,00  
Krier & Peneminski, Paraguay-Reiseführer, 3. Auflage, 1979 (Maison-Verlag Nr. 11) DM 18,90

Krier: Die Deutschen in Paraguay, 1979, DM 9,00  
sind über folgende Anschrift zu beziehen:  
"Treubestitz-Südamerika Verwaltungsgesellschaft m.b.H."

Am der Chidlogruße 34  
Postfach 3429  
6400 Mainz  
zu beziehen.  
Diese Gesellschaft ist nicht für die Anzeige verantwortlich.

# URUGUAY

## Hintergründe des Referendums

Die seit sieben Jahren diktatorisch regierende und vom Militär dominierte Regierung Uruguays hat zehn Jahre nach den letzten Wahlen zu einer Volksabstimmung über ein neues Verfassungsdekret aufgerufen. Am 30. November stimmte die Mehrheit der Wahlberechtigten gegen dieses Dekret, das die Institutionalisierung der Militärherrschaft vorsah. Die LN nahmen dieses Ereignis zum Anlaß, die Lage und historische Entwicklung Uruguays etwas ausführlicher darzustellen.

"Wir sind ein kleines Land, wir haben kein Getreide, mit dem wir ein politisches Geschäft machen können, und auch keine Athleten, denen wir die Teilnahme an den Moskauer Spielen untersagen können, wir haben auch kein Kupfer zu exportieren, aber wir waren das schönste Land der Welt - bis vor kurzem. Die Militärs, die 1973 die Macht an sich gerissen haben, verwandelten unser Land in ein einziges Gefängnis, wo gefoltert wird und wo Leute unter der Folter sterben." Mit diesen Worten beklagte Wilson Ferreira Aldunate, der wichtigste Gegner der Militärs und ein über die Grenzen seiner "Nationalpartei" hinaus angesehener Politiker die Situation seines Landes.

Nur ganz selten ist von diesem kleinen Land die Rede. Und dennoch herrscht dort ein Regime, das jene von Pinochet und Videla an Grausamkeit bei weitem übertrifft. Weltweit bricht es in dieser Hinsicht alle "Rekorde" es ist das Land mit der höchsten Zahl von politischen Häftlingen pro Einwohner: amnesty international schätzt ihre Zahl auf 6 000. Auf die 2,8-Millionen-Bevölkerung umgerechnet, kommt ein politischer Gefangener auf 450 Einwohner. Im Nachbarland Argentinien ist das Verhältnis "nur" 1 : 1 200 und in Chile 1 : 2 000, wie ai festgestellt hat.

"Jedermann kann zu jedem beliebigen Zeitpunkt eingesperrt werden, aus jedem beliebigen Grund und unbegrenzt lange an einem geheimen Ort", heißt es in einem Untersuchungsbericht des US-Repräsentantenhauses vom Juli 1976. So darf es niemanden verwundern, wenn ein Sechstel der Bevölkerung (die Schätzungen schwanken zwischen 400 000 und 600 000 Personen) mittlerweile außer Landes lebt.

Als 1968 die ersten Uruguayer ihr Land verließen, waren ökonomische Gründe ausschlaggebend. Doch bald waren es die politischen Oppositionellen, die das Gros der Auswanderer stellten. Diese Welle nahm solche Dimensionen an, daß eine Gruppe von Auswanderern auf dem Flughafen von Montevideo ein Schild anbrachte: "Der Letzte, der das Land verläßt, möchte bitte das Licht ausmachen". Nicht nur die Intellektuellen emigrierten, sondern auch ein großer Teil der Jugend. Über die Hälfte der Exilierten ist zwischen 20 und 34 Jahre alt. "Ein Land der Alten" ist zurückgeblieben, meint verbittert der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano, der in Spanien im Exil lebt. Tatsächlich ist die Bevölkerung der Hauptstadt Montevideo zweieinhalb mal älter als die von Caracas oder Rio de Janeiro. Dem Massenexodus von Intelligentsia und Jugend gewinnt die Regierung indessen noch einen positiven Aspekt ab. Der bei Friedman zur Schule gegangene Wirtschaftsminister Vegh Villegas lieferte folgende Begründung: "Die Exilierten überweisen einen Teil ihres

Einkommens nach Uruguay. Dadurch erhöht sich bei uns das Nationaleinkommen."

Ungefähr 15 000 Uruguayer leben in "überwachter Freiheit". Mehr als 60 000 Personen sind seit 1973 festgenommen worden. Was mit den Häftlingen geschieht, hat ein ehemaliger Angehöriger des Geheimdienstes erzählt, dem es gelang sich nach Brasilien abzusetzen: "Alle Festgenommenen ohne Ausnahme werden gefoltert." Der ehemalige demokratische US-Senator Frank Church faßte sein Urteil über Uruguay so zusammen: "Uruguay ist die größte Folterkammer in Lateinamerika."

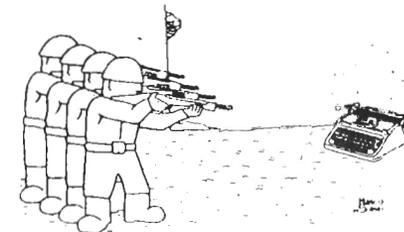
Uruguay hat von allen Diktaturen den technisch perfektsten und umfassendsten Repressionsapparat. Nirgends sonst wird der Telefonverkehr so systematisch und großflächig überwacht wie in Montevideo. So unglaublich es scheinen mag: es gibt so gut wie keine Familie, die nicht mindestens einen politischen Gefangenen zu beklagen hat.

Das Militärbudget verschlingt die Hälfte der Staatsausgaben in einem Land, das seit langem in Frieden mit seinen Nachbarn lebt. Die Zahl der "Ordnungskräfte", vor einem Jahrzehnt aus 20 000 Polizisten und ebenso vielen Militärs bestehend, ist auf 100 000 geklettert. Angaben ehemaliger Offiziere zufolge leisten weitere 100 000 Bürger Zubringerdienste als Spitzel.

Die Justiz gibt sich im Gegensatz zu Argentinien und Chile nicht einmal den Anschein von Unabhängigkeit. Im Acto Institucional Nr. 8, einem Verfassungsdekret, wird das Rechtswesen der Exekutivgewalt unterstellt. Das Dekret Nummer 4 beraubt alle diejenigen ihrer politischen Rechte, die bei den beiden letzten Wahlen Anwärter auf das Amt des Präsidenten oder seines Vertreters waren, ebenso sämtliche früheren Abgeordneten und ihre Zweitkandidaten bei den letzten beiden Parlamentswahlen und alle Mitglieder der Führungsgremien der Parteien.

Will ein Gesangsverein einen neuen Kassierer wählen oder eine Wohnkooperative einen neuen Sprecher, so muß zuvor die Genehmigung der Polizei eingeholt werden. Dasselbe gilt auch für den Fall, daß eine Kirchengemeinde eine Versammlung einberufen will, auf der etwa über den Bau einer neuen Kirche gesprochen werden soll.

Im kulturrellen Bereich, wo die "Subversion" nach Ansicht der Militärs besonders stark war, gab es die schärfsten Eingriffe: insbesondere die Universitäten fielen der Säuberung zum Opfer. Der Lehrstuhl "Geschichte der politischen Ideen" wurde an der Universität Montevideo ebenso gestrichen wie das Fach Urbanistik. Mehr als die Hälfte der Lehrer an Gymnasien verlor den Arbeitsplatz, obwohl die meisten - wenn sie nicht ins Exil gingen - das obligatorische "demokratische Glaubensbekenntnis" ablegten. Dieses "Bekenntnis" lautet: "Ich schwöre, das demokratische Regierungssystem voll zu bejahen. Ich erkläre, niemals einer antinationalen Organisation angehört zu haben oder anzugehören, die von der Exekutivgewalt aufgelöst worden ist..."



Die neue Bildungspolitik begreift sich als Vertreter der "westlichen Kultur" und der "natürlichen Ordnung". Als Lehrer werden vorwiegend Ehefrauen und Verwandte von Militärs eingestellt. Die Gleichschaltung der Universitäten trägt die erhofften Früchte. So erklärte der Dekan der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Montevideo: "Man muß die Forschung einstellen, weil sie der Lehre schadet".

### Historischer Rückblick

Bis in die 60er Jahre galt Uruguay als das demokratischste Land Südamerikas mit einem auf dem Kontinent einmaligen Lebensstandard. Allensfalls Argentinien konnte Uruguay die Führungsposition als Wohlstandsland zeitweilig streitig machen. Das Land zeichnete sich aus durch den höchsten Urbanisierungsgrad, eine homogene Bevölkerung, die sich aus europäischen Immigranten zusammensetzt, ein relativ hohes Bildungsniveau, eine bis zum Koreakrieg außerordentlich günstige wirtschaftliche Entwicklung und eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung. Das Militär war der zivilen politischen Führung unterstellt. Die wirtschaftliche Prosperität beruhte auf Viehzucht (Rinder, Pferde und Schafe). Das Fleisch wurde zu einem großen Teil exportiert, besonders nach Europa. Die Produktionskosten für das exportierte Fleisch lagen beträchtlich unter denen der europäischen Konkurrenz, die den Preis auf dem Weltmarkt bestimmte.

Die Exporterlöse teilte der Staat unter die rasch wachsende Industriearbeiterschaft in den Städten auf. Der Reformpolitiker Batlle y Ordoñez (1904-1931) baute zudem den Industrie- und Dienstleistungssektor unter staatlicher Regie zügig aus, ließ die traditionelle Agrarstruktur aber unangetastet.

In den 20er Jahren, der belle époque, erreichte das Pro-Kopf-Einkommen das Niveau der USA. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik war das Land anderen - Europa eingeschlossen - weit voraus: bereits 1915 wurde der 8-Studentag eingeführt, 1919 wurde das Rentenalter auf 60 Jahre herabgesetzt. Seit 1916 gibt es die Möglichkeit der Scheidung auf alleinigen Wunsch der Frau. Seit 1916 ist der Schulbesuch unentgeltlich.

Als in den 50er Jahren die Nachfrage nach Fleisch stagnierte und die Preise sanken, geriet das Wirtschaftsmodell in die erste ernste Krise. Die Selbstversorgungspolitik der Europäer und der Agrarprotektionismus der EWG brachte die Exporte, die Hauptstütze der wirtschaftlichen Prosperität, vollends ins Ungleichgewicht. Die Kosten des Wohlfahrtsstaats, in den Boom-Jahren ohne größere Konflikte zu tragen, wurden unter den neuen Bedingungen zum Gegenstand heftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Der Kampf um die Verteilung des Nationaleinkommens setzte mit aller Schärfe ein. Er wurde immer mehr zugunsten der Oligarchie entschieden, die sich 1968 alle Machtstellen im Staat eroberte.

Diese Machtverschiebung erfolgte innerhalb der beiden traditionellen Parteien, Partido Nacional und Partido Colorado. Sie hatten in der Geschichte des Landes alle Präsidenten gestellt und die Macht untereinander nach einem ausgeklügelten Proporzsystem aufgeteilt. Die Gesundung der Wirtschaft, so meinte die 1968 an die Macht gekommene Clique um den Exboxer Pacheco Areco, konnte nur dann gelingen, wenn die Einkommen der Lohnabhängigen beschnitten wurden. Diese wehrten sich mit einer Streikwelle, auf die das Regime mit der Verlängerung des Ausnahmezustandes reagierte. Das war die Stunde der Stadtguerrilla, der Tupamaros. Sie gewannen rasch an Einfluß, insbesondere unter Studenten und Intellektuellen und einem Teil der Arbeiter und des Mittelstandes.

Ermutigt von dem Wahlsieg Allendes in Chile bildete sich bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom November 1971 eine "Breite Front" (Frente Amplio) aus Sozialisten, Christdemokraten und Kommunisten. Angesichts des heterogenen Bündnisses fiel das Aktionsprogramm erheblich gemäßigter aus als das der Unidad Popular. Ihr Kandidat, General Liber Seregni - der heute im Gefängnis sitzt - erhielt auch die Unterstützung der Tupamaros. Das enttäuschende Ergebnis der Wahlen (die Frente Amplio erhielt nur 20% der Stimmen) erlaubte auch weiterhin die Aufteilung der Macht zwischen den beiden Staatsparteien, deren Ideologie sich allenfalls in Nuancen unterscheidet.



"NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN DIKTATUR"

Die Novemberwahlen bestätigten die Macht der Oligarchie. Die Linksoption stellte keine ernsthafte Gefahr dar und die Tupamaros waren unterdessen praktisch aufgegeben. Soviel steht fest: die Macht der Oligarchie war weder von der Stadtguerrilla noch von einer Volksfront ernsthaft bedroht. Trotzdem beauftragte die Regierung das Militär mit der Ausmerzung der "Subversion". Von diesem Zeitpunkt an setzte das Militär Parlament und Regierung verstärkt unter Druck und erzwang die Verabschiedung mehrerer verfassungswidriger Gesetze. Im Sommer 1972 beehrte das Militär erstmals offen gegen die Zivilregierung auf. In Kommunikations des Hauptquartiers der Armee wurde die Zivilregierung als Hauptfeind bezeichnet. Immer mehr übernahmen Militärs de facto die Regierungsgewalt, ließen aber den willfähigen zivilen Präsidenten im Amt. 1976 wurde er dann zum Rücktritt gezwungen und durch den senilen 82jährigen Präsidenten des Staatsrats ersetzt, der über keinerlei reale Macht verfügt.

### Wirtschaftspolitik á la Friedman

Die neoliberale Wirtschaftspolitik der uruguayischen Chicago-boys setzt ganz auf den Außenhandel. Die Staatsausgaben wurden drastisch gesenkt, die Zollsranken abgebaut und damit der nationalen Industrie der Garau gemacht. Das Ziel der Militärs ist die Spezialisierung der Wirtschaft auf solche Industrien, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Dazu zählen hauptsächlich die fleischverarbeitende, die Textil- und die Lederindustrie.

Die "sozialen Kosten" dieses monetaristischen Kurses sind hoch. Nach offiziellen Angaben sind die Reallöhne seit 1968 um ein Drittel gesunken. Die verbotene Ein-

beitsgewerkschaft nennt dagegen einen Rückgang um 70%. Bei einem europäischen Preisniveau liegt der Mindestlohn bei 110 Dollar. Unlängst wurde im Auftrag der Stadtverwaltung von Montevideo eine Untersuchung in acht bürgerlichen Bezirken durchgeführt. Das Ergebnis: 30% der Familien müssen mit weniger als dem gesetzlichen Minimallohn auskommen.

Uruguay soll, wenn es nach dem Willen der Militärs geht, das Hongkong Südamerikas werden. Dazu fehlt aber die entscheidende Voraussetzung: die Löhne sind nicht niedrig genug. Das neue Entwicklungsmodell hat bisher nur wenige der erhofften Auslandsinvestitionen eingebracht. Zwischen 1969 und 1976 weisen die Statistiken des Internationalen Währungsfonds einen Nullzuwachs aus. Zwar hat das Auslandskapital in den letzten drei Jahren seine Zurückhaltung teilweise aufgegeben, doch läßt der kleine Binnenmarkt auch in Zukunft keine gewichtigen Investitionen erwarten.

### *Das Referendum über die neue Verfassung*

Ein Mitglied der verbotenen christdemokratischen Partei beschreibt die Situation des Landes vor dem Referendum vom 30. November: "Nach der Machtübernahme der Militärs im Jahre 1973 kam es zu den schlimmsten Verfolgungen, Folterungen und Willkürmaßnahmen im ganzen Land. Um ihr Image dem Ausland gegenüber aufzupolieren, begannen die Militärs sechs Jahre später von einer 'politischen Öffnung' zu reden und schneiderten sich zu diesem Zweck eine neue Verfassung zurecht. Die Streitkräfte ganz allein, ohne die geringste Beteiligung von seiten eines Sektors der Gesellschaft. Dieser Entwurf, der am 30. November zu Abstimmung vorgelegt wird, wurde erst am 7. November veröffentlicht. Kein Wunder, daß die meisten den Wortlaut gar nicht kennen werden."

### *»Richtlinien und Prinzipien« der neuen Verfassung*

Das Dokument, über das abgestimmt werden soll, ist nicht der Verfassungstext selbst, sondern "Richtlinien und Prinzipien" für eine Verfassung, die dann von der später zu wählenden Legislative ausformuliert werden soll. Diese Richtlinien sehen folgendes vor:

Die von der Diktatur erlassenen Actos Institucionales verlieren keineswegs ihre Gültigkeit, sondern werden als Bestandteil der neuen Verfassung weiterexistieren. Damit erhält die Beseitigung der wichtigsten politischen Rechte Verfassungsrang.

Der politische Prozeß des Landes soll wieder den Parteien übergeben werden. Aber welchen Parteien? Die Richtlinien schränken die Gründungsmöglichkeiten von Parteien so ein, daß bestimmt keine oppositionelle Partei legal gegründet werden kann. So ist es z.B. verboten, daß Personen, "die einer für illegal erklärten Vereinigung angehörten" eine Partei gründen. Dies schließt schon mal alle Oppositionspolitiker aus, die einer der heute verbotenen Parteien angehören. Es darf auch keine Parteien geben, "die durch ihre Ideologie, Prinzipien oder Beziehungen mit politischen Parteien, Institutionen des Auslands oder mit anderen Staaten verbunden sind..." Das heißt, daß eine Partei mit christdemokratischem oder sozialdemokratischem Programm nicht gegründet werden darf, da sie ja durch ihre Prinzipien mit Auslandsparteien verbunden wäre. Diese Bestimmung ist tatsächlich so gefaßt, daß man jeder mißliebigen Partei Auslandsbeziehungen unterstellen und sie deshalb verbieten kann.

Für das zukünftige Wahlgesetz schreiben die Richtlinien vor, daß die Partei, die

die meisten Stimmen erhält, automatisch 39 der 65 Sitze des neuen Parlaments besetzt.

Auf dem Papier erhält die Justiz einen großen Teil ihrer Autonomie zurück, jedoch bestimmt eine sehr verschwommene Richtlinie, daß das Justizministerium Interventionsmöglichkeiten gegenüber Richtern hat, die diese Autonomie wieder in Frage stellen. Es wird ein Verfassungsgericht geschaffen, das sogar die Macht hat, Minister abzusetzen. Dieses Gericht hat 9 Mitglieder, wird eine Stelle frei, dann bestimmt der Präsident den Nachfolger, wobei er aus drei Vorschlägen, die ihm die Verfassungsrichter unterbreiten einen auswählt. Allerdings wird das erste Gericht vom "Rat der Nation", in dem die Militärs das Sagen haben, ernannt. So ist denn auch gewährleistet, daß das Oberste Gericht in Zukunft auch keine unbotmäßigen Anwärter vorschlagen wird.

Auch unter der neuen Verfassung wird das Militär eine sehr starke politische Stellung haben. Der militärische Rat für Nationale Sicherheit (COSENA) ist weiterhin zuständig für den Bereich der "Nationalen Sicherheit". Und dieser Bereich wird so definiert: "Die nationale Sicherheit ist der Zustand, in dem sich das nationale Vermögen in allen seinen Formen und der Entwicklungsprozeß der nationalen Zielvorstellungen nicht durch innere oder äußere Störungen oder Aggressionen beeinträchtigt wird." Diese Formulierung erlaubt dem COSENA praktisch eine Intervention auf allen Gebieten. Darüberhinaus ist festgelegt, daß der COSENA seine Zustimmung zum Haushalt und zu neuen Gesetzen geben muß.

Weiterhin werden weitgehende Möglichkeiten der Ausrufung des Ausnahmezustandes festgeschrieben. Es gibt drei Arten von Ausnahmezustand. Erstens die "Sicherheitsmaßnahmen", die die verfassungsmäßig festgelegten Rechte einschränken. Sie können erst nach fünf Tagen und durch Zweidrittelmehrheit vom Parlament widerrufen werden. Zweitens der "Zustand der Subversion", der erst nach 60 Tagen mit Zweidrittelmehrheit vom Parlament wieder ausgesetzt werden kann und drittens der "Kriegszustand", bei dem das Oberkommando die Kontrolle über die betroffenen Gebiete übernimmt. Auch er dauert mindestens 60 Tage. Die Ausrufung eines der drei Ausnahmezustände liegt in der Kompetenz von Präsident und COSENA.

Es sind auch Richtlinien für die Arbeitsgesetzgebung festgelegt. Danach haben nur die Arbeiter des Privatsektors ein Recht auf Streiks zur Durchsetzung besserer Löhne. Die Hälfte der uruguayischen Arbeiter, die beim Staat oder in öffentlichen Dienstleistungsbetrieben beschäftigt sind, haben kein Streikrecht.

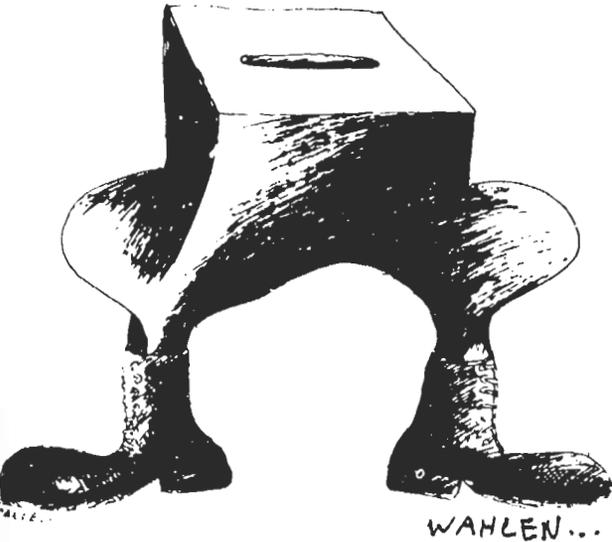
Offiziell wird behauptet, dieses Dekret bestimme die Richtlinien für eine Übergangsverfassung. Aber die eingebauten Regulierungen machen Verfassungsänderungen praktisch unmöglich. Jeder Antrag auf Verfassungsänderung muß die Unterschrift von mindestens 15% der Wahlberechtigten erhalten, um überhaupt behandelt zu werden. Und selbst wenn die dann notwendige Volksabstimmung den Änderungsantrag bestätigt, dauert es fünf Jahre, ehe er in Kraft tritt. Bei der gegenwärtigen Situation ist es allerdings schon undenkbar, daß 15% der Wahlberechtigten sich öffentlich mit einem oppositionellen Antrag zur Verfassungsänderung identifizieren.

Die Abstimmung über dieses Dekret ist eine Farce. Man kann mit "ja" oder mit "nein" stimmen. Wer "ja" sagt, spricht sich für eine Verfassung aus, die die Diktatur fortschreibt. Wer mit "nein" stimmt, wählt dagegen die Verfassung von 1967 und die "Actos Institucionales" der Diktatur.

Die Kampagne für das "ja" wird mit einem riesigen Aufwand in Radio, Kino, Zei-

tungen, auf Plakatwänden geführt. Die Propaganda stellt die Wähler vor die Alternative "Ordnung" oder "Subversion".

Die beiden traditionellen Parteien, Partido Nacional und Partido Colorado – die als einzige Parteien die Chance haben, legalisiert zu werden – haben sich mit überwältigender Mehrheit gegen die neue Verfassung ausgesprochen. Ebenso haben sich alle verbotenen Parteien und Organisationen der Linken gegen diese aufgezwungene Verfassung gewehrt.



Erst wenige Tage vor dem Abstimmungstermin durften auch die Oppositionsparteien in einigen Veranstaltungen ihre Argumente für ein "Nein" vorbringen. Sie wiesen darauf hin, daß die "Richtlinien" keine echte Demokratisierung zuließen, sondern auf eine "Verewigung der Diktatur" hinausliefen.

Trotz der starken Behinderung der Opposition stimmte die große Mehrheit der Wahlberechtigten in dem Referendum, bei dem Wahlpflicht bestand, gegen den vorgeschlagenen Text: 52% (anderen Quellen zufolge sogar über 55%) stimmten mit "nein", 39% mit "ja". In Montevideo erreichte die Quote der Nein-Stimmen sogar 66%. Dieses Ergebnis zeigt die Unterstützung der demokratischen Opposition.

Unmittelbare Auswirkungen auf das Regime wird das negative Ergebnis aber nicht haben. Die Generäle mußten ihre Niederlage zwar eingestehen, spielten aber die Bedeutung herunter. Innenminister General Manuel Nuñez meinte, das Ergebnis sei "ohne Bedeutung". Die Militärs wollen jetzt "nach neuen Wegen und Methoden zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung im Lande suchen". Bis "geeignete Normalisierungsformeln" vorhanden sind, soll der gegenwärtige Zustand fortbestehen. Ein Ergebnis der Abstimmungsniederlage der Militärs könnte allerdings sein, daß nun innerhalb des Militärs ein Diskussionsprozeß über Art und Schnelligkeit einer Institutionalisierung einsetzt. Sicher werden sich die oppositionellen Parteien nun verstärkt mit ihrer Forderung nach Demokratisierung zu Wort melden.

## ARGENTINIEN

### »Das teuerste Land der Welt«

"Wir sind das teuerste Land der Welt", meint ein Taxifahrer (...). Tatsächlich sind viele Preise höher als in den USA. Die Löhne dagegen liegen um 50% niedriger. Besonders ergrimmt es die Argentinier, daß ihr Realeinkommen unter das von 1974 abgesackt ist, als Staatspräsident Juan Domingo Perón noch regierte. Fast jeder zweite muß heute mehreren Beschäftigungen nachgehen, um seine Familie unterhalten zu können. Taxifahrer arbeiten nebenher als Kellner, Lehrer unterrichten an mehreren Privatschulen, und Angestellte verdingen sich in zwei oder drei Büros." (Süddeutsche Zeitung vom 22.10.1980)

Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die Folgen der Wirtschaftspolitik der Militärjunta und ihres Ministers Martínez de Hoz, des langlebigsten Wirtschaftsministers in Argentinien seit dreißig Jahren. Seine Politik, die von den Unternehmern zunächst hoffnungsvoll begrüßt wurde, ist in den letzten beiden Jahren auch von dieser Seite zunehmend unter Beschuß geraten. Der CLARIN, ein Sprachrohr der bürgerlichen Opposition, die vorwiegend die Interessen der kleineren und mittleren nationalen Unternehmer vertritt, läßt praktisch keine Ausgabe vergehen, in der nicht ein Unternehmensverband, ein Wirtschaftsinstitut oder ein oppositioneller Politiker die Wirtschaftspolitik kritisiert und katastrophale Bilanzen über Inflation, Produktionsrückgänge, Unterauslastung der industriellen Kapazitäten, Schließung von Fabriken usw. vorlegt.

Wie sieht die wirtschaftliche Situation Argentiniens Ende 1980 aus, kurz vor der Übernahme der Präsidentschaft durch General Viola, der vermutlich Martínez de Hoz nicht mehr in sein Kabinett berufen wird?

#### Das Wirtschaftsprogramm der Diktatur

Die Wirtschaftssequipe der Diktatur trat mit einem anspruchsvollen Programm an, das die Umstrukturierung der argentinischen Wirtschaft vorsah. Das Ziel war, das Land verstärkt in die Struktur der internationalen Arbeitsteilung einzubinden, innerhalb derer es vorwiegend die Funktion eines Produzenten von hochwertigen Landwirtschaftsprodukten (vor allem Fleisch und Getreide) übernehmen sollte. Die Industrie sollte durch den Druck ausländischer Konkurrenz gezwungen werden, rentabler zu produzieren. Diese Konkurrenz sollte auch eine "Flurbereinigung" bewirken, die nur den starken und rentablen Betrieben das Überleben ermöglichen würde. Der große staatliche Sektor sollte durch Reprivatisierung verkleinert und effizienter gemacht werden. Dem Staat kam im Wirtschaftsprozeß nach den Vorstellungen der Wirtschaftsriege nur noch eine Hilfsfunktion zu. Das Glaubensbekenntnis heißt also: "freie Marktwirtschaft" um jeden Preis; das "freie Spiel der Marktkräfte" sollte die Wirtschaft des Landes wieder auf Vordermann bringen und international konkurrenzfähig machen.

## Inflation

Vordringlichstes Ziel der Wirtschaftspolitik war und ist die Reduzierung der Inflationsrate, die auf dreistellige Ziffern geklettert war. 1979 sank die Inflationsrate auf 139,7%, und die Projektion des Wirtschaftsministeriums sah für 1980 eine Preissteigerungsrate zwischen 40 und 50% vor. Dies war eine allzu optimistische Schätzung: im Oktober dieses Jahres lag die Inflationsrate gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat noch bei 89,8%.

Allein im Oktober dieses Jahres stiegen die Preise um 7,5%. Dabei ist zu beachten, daß einige Waren und Dienstleistungen überproportionale Preissteigerungen aufzuweisen hatten:

- Die Preise für Elektrizität, Brennmaterial und Wohnung stiegen um 12,5%,
- die Preise für medizinische Betreuung und Medikamente um 9,3%.

Von diesen überproportionalen Steigerungen sind aber gerade die unteren Einkommensschichten am stärksten betroffen.

ENTWICKLUNG DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN



(Quelle: Clarín, 4.-10.11.1980)

Trotz dieses recht mäßigen Erfolgs bei der Bekämpfung der Inflation wird gerade dies in der internationalen Presse als eines der wichtigsten Ergebnisse der Wirtschaftspolitik dargestellt. Allerdings sollte man darüber nicht vergessen, daß die heutige Inflationsrate auf der Grundlage sehr viel höherer Ausgangspreise berechnet wird. Dies bedeutet, daß die realen Mehrausgaben in absoluten Zahlen pro Jahr immer noch erschreckend hoch sind. Ein einfaches Rechenbeispiel soll das verdeutlichen:

Nehmen wir an, daß 1976 eine beliebige Ware 100 Pesos kostete. Bei einer Inflationsrate von damals ca. 350% mußte ein Konsument am Ende des Jahres 350 Pesos mehr, also 450 Pesos zahlen. Diese Ware hat seither ihren Preis - bei konservativer Schätzung - mindestens versiebenfacht, kostete also zu Beginn des Jahres 1980 ca. 700 Pesos. Eine Preissteigerung von fast 90% bezogen auf 700 Pesos be-

deutet, daß ein Haushalt für diese Ware am Ende des Jahres 1980 630 Pesos mehr ausgeben muß.

## Wirtschaftspaket zugunsten der Unternehmer

Am 10. Juli dieses Jahres verkündete Martínez de Hoz ein Wirtschaftspaket, das die Rentabilität der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion verbessern soll. Grundlage des Programms sind Steuererleichterungen für Landwirtschaft und Industrie, wobei die Industrie in Zukunft diejenigen lohnbezogenen Steuern nicht mehr zu zahlen braucht, die bisher der Finanzierung des Baus von Sozialwohnungen und anderer Sozialleistungen für die Arbeiter dienten.

Das dadurch entstehende Loch in den staatlichen Finanzen wird durch die Erhöhung und Ausweitung der Mehrwertsteuer auf alle Produkte gestopft. Sie liegt jetzt bei 25%. Diese Steuerreform bedeutet eine drastische Einkommensumverteilung: der Staat überläßt einen Teil seiner Einnahmen dem Privatsektor in Landwirtschaft und Industrie und hält sich an den Händlern, den kleinen Gewerbetreibenden und den Konsumenten schadlos. Eine indirekte Steuer trifft aber immer gerade die unteren Einkommensschichten am stärksten, die durch die Mehrwertsteuer einen noch größeren Teil ihres Einkommens für die allernotwendigsten Lebensmittel ausgeben müssen.

Zusätzlich heizt die Mehrwertsteuererhöhung die Inflation erneut an, die sowieso schon über den gesetzlichen Lohnanpassungen von 4% im Monat liegt. Dieser permanente Reallohnverfall kann nur von den Arbeitern etwas ausgeglichen werden, die durch Arbeitskämpfe bessere Tarifabschlüsse aushandeln können. Diejenigen, die nur die gesetzlich festgelegten Lohnzuschläge erhalten, die Arbeitslosen und die vielen kleinen Gewerbetreibenden können den Kaufkraftverlust dagegen kaum ausgleichen.

## Die »Öffnung« zum Weltmarkt und ihre Folgen

Ein weiteres Ziel der Wirtschaftsequipe der Junta ist die Rationalisierung der argentinischen Wirtschaft, um sie international konkurrenzfähig zu machen. Durch die Senkung der Importzölle sollen die Unternehmen zu größerer Produktivität gezwungen werden. Die Senkung der Importzölle und die chronische Überbewertung des Peso - die Exporte teuer und Importe relativ billig macht - führte dazu, daß in den letzten beiden Jahren die Importe erheblich stärker stiegen als die Exporte. 1979 stiegen die Importe um 75%, die Exporte nur um 22%. Für 1980 schätzt die Deutsche Bank, daß die argentinischen Importe um 36% zunehmen werden, während im ersten Halbjahr dieses Jahres die Exporte mengenmäßig nur um 3% stiegen, die Exporterlöse wegen der schlechten Weltmarktpreise sogar rückläufig waren. Damit wird Argentinien 1980 erstmals seit der Machtübernahme durch die Militärs eine negative Handelsbilanz haben. Nach Berechnungen des früheren Wirtschaftsministers Rogelio Frigerio wird das Defizit der argentinischen Zahlungsbilanz 1980 zwischen 3,5 und 4 Mrd. Dollar liegen.

Damit verschärft sich auch das Problem der Auslandsverschuldung, die - ebenfalls nach Angaben von Frigerio - Ende des Jahres bei 27 Mrd. Dollar (gegenüber 19 Mrd. Dollar Ende 1979) liegen wird. Allein für den Schuldendienst muß Argentinien 1980 6 Mrd. Dollar aufbringen. Das entspricht den Exporterlösen von 8 Monaten.

Wie sieht es nun mit der angestrebten "Flurbereinigung" aus? Wurden rentable Unternehmen konkurrenzfähig und gingen nur die unrentablen Unternehmen bankrott? Der Berichterstatler von "Le Monde" (11.11.80) zieht eine kritische Bilanz:

"Tatsächlich sind es keineswegs die überflüssigen und schlecht geführten Betriebe, die bankrott gehen. Es gibt viele 'lahme Enten', denen es weiterhin recht gut geht. Das sind vor allem diejenigen, deren Produkte aus dem einen oder anderen Grund nicht durch ausländische Waren ersetzt werden. Umgekehrt stehen viele Unternehmen, die so plötzlich und brutal der internationalen Konkurrenz ausgesetzt wurden, vor dem Ruin, obwohl sie ihre Produktionsanlagen modernisiert und rationalisiert haben. Die Überbewertung des Peso und das Fehlen einer ernsthaften Exportpolitik

führen dazu, daß sogar die Sektoren betroffen sind, bei denen Argentinien theoretisch die besten Chancen auf dem Weltmarkt hätte: die Landwirtschaft und die Viehzucht. Man erfährt täglich von Betriebsschließungen und von Firmen, die vor dem Bankrott stehen. Wo sind die Unternehmen, die neu gegründet werden?"

Um ihrem Protest gegen die ruinöse Importpolitik Ausdruck zu geben, entwickelten die Geflügelzüchter der Provinz Buenos Aires Phantasie: während der rush-hour ließen sie auf einer der Hauptstraßen der Hauptstadt tausende von Hühnern frei. Auf Flugblättern erklärten sie die Aktion: "Wir lassen sie laufen, weil wir sie nicht mehr durchfüttern können." Da auch der Import von Fleisch - darunter Geflügel - erheblich erleichtert wurde, kam es in den letzten Monaten zu einer Absatzkrise bei den Geflügelzüchtern.

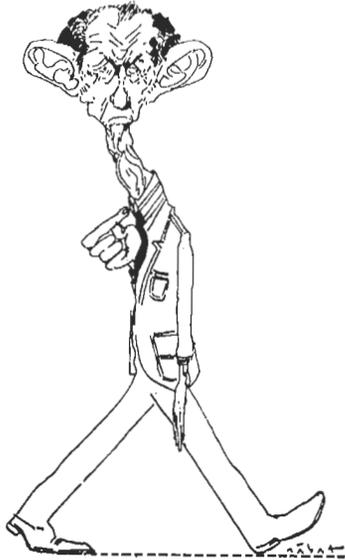
Empört fragten sie in einer Anzeige: "Wer sind wir eigentlich? Die Müllkippe der ganzen Welt, auf der die übrigen Länder ihre überfüllten Lager zu Ausverkaufspreisen leeren?"

Die folgende Tabelle illustriert die Schwierigkeiten: auf Grund der internationalen Konkurrenz und der fehlenden Nachfrage ist ein großer Teil der industriellen Anlagen nicht ausgelastet:

#### AUSLASTUNG DER INDUSTRIELLEN KAPAZITÄTEN IN %

Branche	1979		1980	
	Dezember	Januar	März	April
Papier	73	65	68	65
Chemie	72	64	59	69
Öl / Ölderivate	82	77	78	75
Baumaterial	76	78	78	67
Eisen / Stahl	60	47	54	53
Transportmaterial	50	68	58	

José Alfredo Martínez de Hoz.



Insgesamt fiel die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr um 6,9%. Besonders betroffen waren die Textilbranche (-19,7%) und der Stahlsektor (-13,8%).

In der in Argentinien sehr wichtigen Automobilindustrie zeichnete sich im vergangenen Jahr ein Konzentrationsprozeß ab: General Motors schloß sein argentinisches Werk, FIAT und Peugeot sind dabei, ihre Tochtergesellschaften zu fusionieren und VW - einer der wenigen Konzerne, die ihre Produktion ausweiten konnten - kaufte die Niederlassung von Chrysler auf.

Die Rezession in dieser Branche trifft vor allem die Hersteller von Kleinwagen. Ein Sprecher von FIAT erklärte, die Mittelschichten - die wichtigsten Käufer dieser Autos - seien von der Wirtschaftskrise und der Inflation so schwer getroffen, daß die Nachfrage nach Kleinwagen drastisch gesunken sei. Seit 1978 verringerte FIAT seine Belegschaft um 21%, Renault um 13%.

Die mangelnde Anlastung der Produktionsanlagen in der Automobilindustrie führte außerdem immer wieder zu Kurzarbeit und vorübergehenden Stilllegungen der Produktion. So entließ Anfang Oktober Peugeot 250 Arbeiter und unterbrach die Produktion für einen Tag. FIAT kündigte an, daß im November die Produktion für vier Tage unterbrochen werden solle; den Arbeitern werde in dieser Zeit der halbe Lohn gezahlt.

Das bundesdeutsche Unternehmen DEUTZ kündigte für Ende des Jahres die Schließung seiner argentinischen Niederlassung an. Über tausend bei DEUTZ beschäftigte Arbeiter gingen auf die Straße, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren. Falls DEUTZ schließt, haben sie kaum Aussichten auf einen neuen Arbeitsplatz.

#### Arbeitslosigkeit

Diese Angaben deuten bereits darauf hin, daß die offizielle Arbeitslosenstatistik falsch ist, die von 2% Arbeitslosen ausgeht. Dies wird von folgenden Zahlen unterstützt: in den ersten 9 Monaten des Jahres 1979 lag die Zahl der Fabrikarbeiter um 19% unter dem Stand der ersten neun Monate des Jahres 1976. Zwischen 1976 und 1980 sank die Zahl der Beschäftigten im Textilsektor um die Hälfte. Die Metallarbeitergewerkschaft gab bekannt, daß allein zwischen Mitte 1979 und Mitte 1980 70 000 Metaller entlassen wurden. Hinzu kommt die Kurzarbeit, die mit Lohneinbußen verbunden ist: eine Studie wies nach, daß 1979 die Arbeitsstunden pro Arbeiter 20% unter dem Niveau von 1976 lagen. (Clarín 12-18.8.1980)

#### Protest der Unternehmer

Die Reaktion auf die Wirtschaftspolitik entspricht der wirtschaftlichen Situation: insbesondere die kleineren und mittleren Unternehmer aus Industrie und Landwirtschaft fordern vehement eine Kurskorrektur. Am 18. Oktober trafen sich in Rosario 1 200 Vertreter von 376 Industrie- und Landwirtschaftsvorbänden zu einem "Nationalen Unternehmertreffen" (Convocatoria Nacional Empresa), auf dem sie ihrem Unmut Ausdruck gaben und ein Dringlichkeitsprogramm für die Rettung der Wirtschaft verabschiedeten. Die wichtigsten Punkte dieser Forderungen waren:

- Erleichterung der finanziellen Situation der Unternehmen durch Zinssenkungen bei Krediten und längere Laufzeiten
- Steuererleichterungen
- Einschränkung unproduktiver Staatsausgaben
- Maßnahmen zum Schutz der nationalen Industrie
- Rücknahme der Importerleichterungen und Unterstützung des Exports
- Abwertung des Peso

Zusammenfassend zog die Versammlung eine Bilanz der Wirtschaftskrise: "Die argentinische Wirtschaft erlebt die schwerste Krise ihrer modernen Geschichte; die Produktion der wichtigsten Waren und Dienstleistungen stagniert seit fünf Jahren und das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist das niedrigste seit sechs Jahren. Die derzeitige Krise ist sogar noch schlimmer als die von 1930, die den Zusammenbruch der Weltwirtschaft reflektierte, aber heute kann man die Krise nur auf Irrtümer der Wirtschaftspolitik zurückführen." (Clarín, 14.-20.10.80)



### Wirtschaftsplanung für 1981

Die Unternehmerverbände und oppositionellen Parteien benutzen die Zeit vor dem Regierungsantritt General Violas im März kommenden Jahres dazu, in immer neuen Erklärungen den künftigen Präsidenten zu einer Kehrtwendung in der Wirtschaftspolitik aufzufordern.

Viola scheint entschlossen zu sein, während seiner Amtsperiode stärker als sein Vorgänger Videla in der Wirtschaftspolitik mitzumischen. Dem Wirtschaftsministerium wurde die Aufstellung des Haushaltsplanes für 1981 entzogen und dem Planungsministerium übergeben. Der Plan für 1981 wurde bereits mit dem zukünftigen Präsidenten abgestimmt, da dieser sich dagegen gewehrt hatte, mit einem Budget zu regieren, das allein vom gegenwärtigen Wirtschaftsminister festgelegt worden ist.

Martínez de Hoz war mit der Haushaltsplanung für 1980 wenig erfolgreich gewesen. Die Planung hatte ein Haushaltsdefizit von 2% des Bruttoinlandsprodukts vorgesehen. Aber nach aktualisierten Schätzungen wird das tatsächliche Defizit bei 4,5 Mrd. Dollar liegen, was 4,2% des Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Der neue Haushaltsplan für 1981 sieht folgende Eckdaten vor:

- ▼ das Wirtschaftswachstum soll bei 4% liegen;
- der Haushalt wird einen Umfang von 37 Mrd. Dollar haben; das entspricht 31% des Bruttoinlandsprodukts;
- das Haushaltsdefizit soll bei 2,44% des Bruttoinlandsprodukts liegen.
- Der größte Einzelposten der öffentlichen Investitionen betrifft den Energiesektor,

für den 2,9 Mrd Dollar vorgesehen sind. Die beiden wichtigsten Projekte in diesem Bereich sind das Atomkraftwerk Atucha II und das Wasserkraftwerk Yacreta.

Quellen: Clarín (Buenos Aires), Le Monde Diplomatique, Le Monde, Latin America Weekly Report, Latin America Regional Report/Cono Sur, Wirtschaftsberichte Lateinamerika der Deutschen Bank AG

### Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor

Die Wirtschaftskrise in Argentinien macht auch vor dem Schul- und Ausbildungssektor nicht halt. Im Zuge der Senkung der "unproduktiven Staatsausgaben" kürzte man kräftig den Haushaltstitel für das Bildungswesen: während das Budget 1965 noch 17% für die Ausbildung vorsah, sank dieser Anteil bis 1979 auf 11%.

Die Zeitung CLARIN stellt fest, daß die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluß verlassen, seit den 60er Jahren gestiegen ist. Sie fährt fort: "Es gibt keinen Zweifel, daß die Wurzel des Übels in der Schwäche und der fehlenden Dynamik der Wirtschaft zu suchen ist, die nicht die notwendigen finanziellen Mittel abwirft, damit die Familien und die entsprechenden Institutionen Gold haben für die Ausbildung der Kinder... Der Verfall der Kaufkraft und die immer größere Kluft zwischen den Löhnen und den Lebenshaltungskosten führen dazu, daß ein immer größerer Anteil des Familieneinkommens für Ernährung, Wohnung und Kleidung aufgebracht werden muß. Da die Familien die Kosten für die Ausbildung ihrer Kinder nicht mehr tragen können, kommt es immer mehr zu verfrühten Schulabgängen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Familien machen es außerdem nötig, daß sich die Familienmitglieder schon in frühem Alter in den Arbeitsmarkt eingliedern müssen, teilweise um zum Familienunterhalt beizutragen, teilweise um häusliche Aufgaben zu übernehmen und es so den anderen Familienangehörigen möglich zu machen, außerhalb des Hauses zu arbeiten."

(CLARIN, 22.-28.7.1980)

## PERU

## Realität 1980 — 2 Seiten einer Medaille

Peru's Weg in die  
80er Jahre .....

Aufschwung, Aufschwung, ... schwingung...

Goldene Zukunft !

Arbeit für jeden, der arbeiten will !!!

Empfehlungen der Weltbank  
IWF, BID, AID, .....



## Die optimistische Sonnenseite

In der internationalen Presse änderte sich das Bild von Peru in den letzten zwei Jahren radikal. Während noch 1978 die Schwierigkeiten der Verhandlungen mit dem Internationalen Weltwährungsfond (IWF), die nationalen Streiks und der drohende Staatsbankrott Peru als eines der Länder kennzeichneten, die am stärksten von der internationalen Krise betroffen worden waren, vermitteln uns Kommentare zur peruanischen Wirtschaftslage 1980 ein vollkommen anderes Bild. Von der Financial Times bis hin zum deutschen Handelsblatt wird die peruanische Wirtschaftsentwicklung als eine außergewöhnliche Aufwärt\_sentwicklung beschrieben.

Dieser optimistische Eindruck wird verstärkt durch die Tatsache, daß peruanische Edelmetalle (Kupfer, Eisen, Blei, Zink und besonders Silber) sehr hohe Notierungen auf dem Weltmarkt erzielten und der Export von Industrieprodukten enorm gesteigert werden konnte. Als Folge dieser Hausse erhöhten sich nicht nur die fiskalischen Einnahmen in dem Maße, daß das Defizit im Haushaltsbudget reduziert, sondern auch ein Teil der Auslandsverschuldung vorzeitig zurückgezahlt werden konnte. Daraus ist auch zu erklären, daß Peru in den letzten zwei Jahren das Land Lateinamerikas ist, dessen Kreditrate am stärksten angestiegen ist, d.h. im internationalen Bankgeschäft konnte Peru seine Kreditwürdigkeit zurückgewinnen.

## Die Schattenseite der Medaille

Aber für den, der durch die Straßen von Lima wandert, ist es schwierig sich klar zu machen, daß in Peru der wirtschaftliche Aufschwung begonnen hat. Die Vermehrung der ambulanten Straßenhändler, die Zunahme aller Dienstleistungen von nur geringer Produktivität, die langen Schlangen von Arbeitssuchenden, die sich vor Fabrikatoren bilden, wenn offene Stellen ausgeschrieben sind, sind eindeutige In-

dikatoren für die hohe Rate von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Außerdem sind die Gehälter und Löhne seit 1973 um mehr als die Hälfte ihres realen Wertes gesunken. Zwischen 1973 und 1979 sank die Kaufkraft um 50 %. Der Reallohn verringerte sich um 29,1 % im gleichen Zeitraum, in dem aber die Gewinne der Unternehmer trotz der tiefen Wirtschaftskrise, in der sich Peru 1977-78 befand, um 24,2 % stiegen.

Diese beiden so unterschiedlichen Seiten der Medaille lassen sich erklären aus den ökonomischen Maßnahmen, die die Regierung ergriffen hat, um der Wirtschaftskrise Herr zu werden. Den wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnete das Militärregime, indem es die 'guten Ratschläge' des IWF und der Weltbank in die Tat umsetzte:

- eine restriktive Lohn- und Gehaltspolitik
  - Einschränkung der Angestellten im Öffentlichen Dienst,
- was zur Verarmung weiterer Kreise der Mittelschicht und Kleinbourgeoisie führte. Ziel der Regierung war es, alle Kräfte und Ressourcen in die Hände der großen, staatlichen wie privaten Exportunternehmen zu konzentrieren.

Als Erbe der Militärjunta übernahm die Regierung Belaúnde ein Land mit sehr hohen Währungsreserven, mit einem relativ unbedeutendem Haushaltsdefizit, aber weitreichenden Forderungen der Mittelklasse und der Volksmassen: der drastische Fall des Reallohns, die hohe Arbeitslosenquote und die Vermehrung der Unterbeschäftigung, eine allgemeine Verschlechterung der städtischen Infrastruktur und der Dienstleistungen der öffentlichen Hand (Erziehungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen) trugen dazu bei, eine explosive innenpolitische Situation zu schaffen.

## Wirtschaftsrezepte der Belaúnde-Regierung

In seiner Rede am 17. August 1980 erklärte der regierende Premierminister Manuel Ulloa, der auch zuständig ist für das Wirtschaftsressort, in groben Zügen die Richtlinien der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung.

Als erstes fällt an dem vorgetragenen Konzept auf, daß die von der Militärregierung angewandte Politik fortgesetzt wird von einer neuen Gruppe von Wirtschaftstechnokraten; gerade diese Politik wurde aber noch während des Wahlkampfes heftig und demagogisch von Belaúnde angegriffen. Die auch weiterhin geltenden Wirtschaftsmaßnahmen sind orthodox und basieren auf den 'Empfehlungen' des IWF und der Weltbank. Diese erstaunlich Tatsache ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß viele der tonangebenden Wirtschaftstechnokraten der neuen Regierung in den letzten Jahren in den USA gearbeitet hatten wie z.B.

- Richard Webb, Vorstandspräsident der peruanischen Notenbank, bis Ende Juli Angestellter der Weltbank in Washington,
  - Pablo Kuczynski, Minister für Energie und Bergbau, arbeitete bei der nord-amerikanischen Bankberaterfirma Kuhn & Loeb in New York,
  - Manuel Ulloa, regierender Ministerpräsident, war Vorstandsmitglied der Deltic Cooperation in New York, einem Finanzunternehmen mit engen Beziehungen zu Rockefeller/Chase Manhattan,
  - Fernando Schwalb, jetziger Vizepräsident und peruanischer Botschafter in den USA arbeitete bis 1980 bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Washington,
- sondern daß durch die neue Regierung der Versuch unternommen wird, die peruanische Wirtschaft und Gesellschaft mittelfristig zu stabilisieren.

Befreit von kurzfristigen Sach- und Erfolgszwängen führt die orthodoxe Politik zu:

- Aufhebung von Subventionen für Grundnahrungsmitteln,
- Aufhebung der Preiskontrollen
- Verschnönerung des Rhythmus, in dem die peruanische Währung abgewertet wird
- einer Inflationsrate von ungefähr 70 % für das Jahr 1980 offiziellen Regierungsverlautbarungen zu Folge
- Erhöhung des Zinssatzes

vagen Versprechungen, Gehälter und Löhne entsprechend der Produktivitätssteigerung anzupassen, um die Investitionsbereitschaft der Unternehmer nicht zu beeinträchtigen.

#### INDEX DER VERBRAUCHERPREISE IN LIMA, SEPT. 1980, (100 : 1979)

	monatl. Veränderung (Aug.-Sept.)	Gesamt- ver- änderung (Jan.-Sept.)
allgemeiner Index	7.81	44.58
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	8.45	40.64
Kleidung, Schuhe	5.59	65.03
Wohnungsmieten, Brennstoffe, Elektrizität	2.40	30.69
Wohnungseinrichtung, Wohnungs- instandhaltung	7.90	64.13
Ausgaben für ärztliche Versorgung und Pharmaka	5.45	43.54
Transport und Kommunikation	19.05	33.71
Freizeit, Unterhaltung, Erziehung	6.2	53.28
andere Güter u. Dienstleistungen	8.0	52.28

Quelle: ONE, El Comercio 7.10.80, aus DESCO, No 91, 4.-10.-Okt. 80

Zur Realisierung dieses Ziels rechnet die Regierung Belaúnde mit einer großzügigen finanziellen Unterstützung seitens der USA. Die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und die AID haben schon Kredite in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar für die nächsten fünf Jahre zugesagt. Die BRD steuert einen 'kleinen' Beitrag von 40,6 Mio US-Dollar als Kredit mit einer Laufzeit von 30 Jahren bei einem Zinssatz von 3 % (!) bei.

In anderen Worten: die Regierung versucht durch die privilegierte Behandlung bestimmter Exportbranchen, diese unumschränkt zu fördern, in dem sie alle Bedingungen eines 'günstigen' Investitionsklimas schafft.

Auf diese Weise erhofft sich die Regierung Belaúnde ausländische Investoren anzulocken, die die 'komparativen Vorteile' des Landes nutzen sollen:

- den Reichtum an Rohstoffen
- die geringen Lohnkosten
- das große Arbeitskräftepotenzial

Wie es von Regierungsvertretern als Werbung auf internationalen Unternehmertagungen propagiert wurde.

Das internationale Kapital hat positiv auf die bisher ergriffenen Maßnahmen reagiert und Vertreter aus aller Herren Länder handeln z.Z. die Bedingungen für umfassende Investitionen in Peru aus. Das Hauptinteresse der internationalen Kapitalgeber konzentriert sich auf den Bergbau. So hat z.B. das nordamerikanische Unternehmen der Southern Peru Copper Cooperation (Filiale der ASARCO, einem der größten Kupfermultis der Welt) Investitionen in Höhe von 200 Mio US-Dollar angekündigt zum Ausbau ihrer Kupferminen; Fiat, Klöckner und japanische Firmen verhandeln über die Erschließung neuer mineralischer Rohstoffe und im Erdölsektor kündigte die Occidental Petroleum Co. die Erhöhung ihrer Investitionen von 500 auf 1 000 Mio US-Dollar, während die holländische SHELL sich um Förderkonzessionen in dem südlichen Urwaldgebiet (Madre de Dios) bemüht, die ihr zu sehr günstigen Konditionen gewährt wurden.

Ein weiteres Charakteristikum der neuen Wirtschaftspolitik ist die Beschränkung der Rolle des Staates. So wurden nicht nur viele staatliche Kontrollfunktionen aus der Velascoära abgebaut, wie z.B. die Import- und Exportkontrolle, Preiskontrollen, etc., sondern es wurde auch die Reprivatisierung staatlicher Unternehmen angekündigt (z.B. wurden bis zum jetzigen Zeitpunkt Zeitungen, Rundfunksender und das Fernsehen reprivatisiert).

In der Zukunft wird sich die Aufgabe der öffentlichen Hand auf die Unterstützung der privaten Wirtschaftsinitiativen nationaler wie ausländischer Herkunft beschränken.



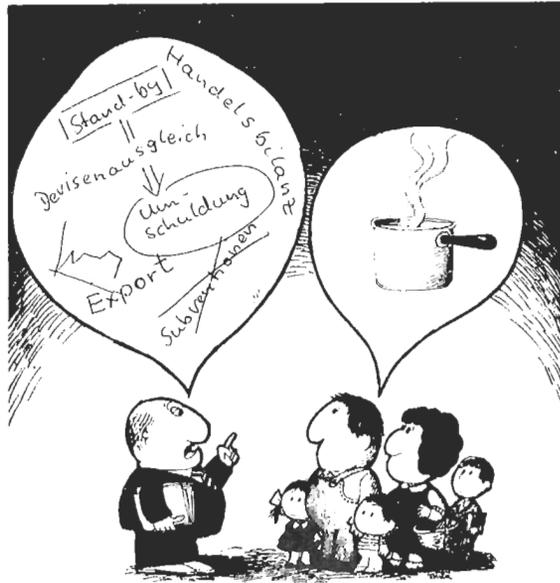
#### Regierung setzt auf einen Zankapfel

Offensichtlich ist sich die Belaúnderregierung darüber im Klaren, daß sie mit dieser Wirtschaftspolitik kurzfristig keine Popularität erzielt, was sich unter anderem auch in den Gemeindewahlen Ende November 1980 ausdrückte, in der die Kandidaten der AP (d.h. der Regierungspartei) eine empfindliche Stimmeneinbuße hinnehmen mußten (nach inoffiziellen Angaben erzielte der Regierungskandidat der AP in Lima, Orrega, nur 35 % der Stimmen, während bei den Wahlen im Mai 1980 die AP noch 47 % der Stimmen auf sich vereinen konnte.).

Gestützt von einer soliden Mehrheit im Parlament scheint sich Belaúnde jedoch nicht außergewöhnlich besorgt über diese Reaktion der Wähler zu zeigen. Allen Anschein nach zieht Belaúnde es vor, durch weitere unpopuläre Maßnahmen die Investitionstätigkeit der Unternehmer insbesondere der ausländischen Firmen zu stimulieren. Auf diesem Weg erhofft die Regierung, eine dauerhafte Verbesserung der Wirtschaft einzuleiten, was die langfristige Stabilisierung der neuen Regierung gewährleisten soll. Erst die Wahlen von 1985 werden von der jetzigen Regierung als ein Gradmesser der Erfolge ihrer Wirtschaftsstrategie angesehen.

Jedoch ist ohne Zweifel auch nicht sicher, daß ein wirtschaftliches Wachstum derart konzentriert und ausschließlich die so sehr heraufbeschworene politische Stabilisierung zur Folge haben wird. Nur die Entdeckung umfassender Erdölreserven könnte die Situation radikal ändern, indem sie der Regierung umfangreiche Finanzmittel zur Verfügung stellt zur Realisierung einer Sozialkosmetik, sprich: Verteilungspolitik, die die Klassenausbeziehung besänftigen soll.

Die ist also die prekäre Lage der neuen 'demokratischen' Ordnung: seit der Machtübernahme ist es zur Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen an der Basis und zum Anstauen von bisher zurückgehaltenen Druck gekommen, was den rigiden Rahmen, der durch die Wirtschaftspolitik gesteckt wurde, ständig zu durchbrechen droht. Die Volksbewegung läßt sich nicht zufrieden stellen mit vagen Versprechungen über eine bessere Zukunft. Als eine der ersten Maßnahmen im Prozeß einer radikalen Gesellschaftsveränderung fordert sie eine massive Umverteilung des Einkommens.



Nach der Machtübernahme durch Belaúnde und der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik durch die neue Regierung wird deutlich, daß die neuen Wirtschaftstechnokraten, die bei der Weltbank in die Schule gegangen sind, jegliche Weltbank-Rhetorik über Grundbedürfnisstrategien, wirtschaftliches Wachstum zu Umverteilungszwecken, etc., nur als schöne Worte zu Legitimationszwecken benutzen. Ihre zentralen Interessen drehen sich einzig und allein, um die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas für ausländische Kapitalgeber und die Förderung der nationalen Privatindustrie. Dies entspricht einer Wirtschaftspolitik wie sie auch schon früher von den dominanten Machtgruppen in Peru begrüßt wurde.

## HONDURAS — EL SALVADOR

### Friedensvertrag oder Kriegspakt?

Am 30. Oktober wurde in Lima über die Köpfe der betroffenen Völker hinweg zwischen Honduras und El Salvador ein Vertrag unterzeichnet, der einen offiziellen Schlußstrich unter den seit 1969 herrschenden permanenten Weder-Frieden-noch Kriegszustand zwischen beiden Staaten ziehen soll. Der wahre Beweggrund aber läßt befürchten, daß der Vertrag eher den Auftakt für eine neue militärische Eskalation in der Region bilden wird: diesmal im Klassenkrieg der verbündeten Repressionskräfte gegen die revolutionäre Volksbewegung in El Salvador und - unter Umständen später auch - in Honduras.

Wie ist es nach jahrelangen (seit 1976) fruchtlosen Verhandlungen so plötzlich zu einer Verständigung zwischen den "feindlichen" Regierungen gekommen? Der verstärkte Druck aus Washington machte es möglich. Wie ein ehemaliges Mitglied der honduranischen Verhandlungsdelegation es ausdrückte: "Der Flug eines Adlers über Zentralamerika hat die Unterzeichnung des Friedensvertrags veranlaßt." (Camilo Gómez y Gómez in EL HERALDO, 3.11.1980) Dabei wies er ausdrücklich auf die Verlegung des Verhandlungsortes nach Miami hin, "aus Sicherheitsgründen".

Das Kalkül ist ebenfalls offensichtlich: auf diese Weise werden die noch bestehenden juristischen Hindernisse für eine offene Kollaboration zwischen honduranischem und salvadorensischem Militär beseitigt, die bis zu einer direkten Intervention Honduras' als treuer Verbündeter des CONDECA (mittelamerikanischer "Verteidigungs"pakt von Washingtons Gnaden) gehen könnte. Gleichzeitig können sich die USA im Hintergrund halten, ohne sich direkt die Finger verbrennen zu müssen.

Zu unterscheiden ist zwischen offener und versteckter Kollaboration, denn seit Beginn der Kämpfe in El Salvador hat die honduranische Regierung in zahlreichen Fällen das Eindringen salvadorensischer Truppenteile oder das Überfliegen honduranischer Territoriums durch Flugzeuge der Fuerza Aérea Salvadoreña bei der Verfolgung von Guerrillaverbänden und vor allem von Flüchtlingen stillschweigend geduldet: bis hin zu konzertierten Aktionen wie im Massaker vom Río Sumpul am 14. Mai.

Aus diesen Gründen wird verständlich, warum die Frente Democrático Revolucionario und die im Solidaritätskomitee mit dem salvadorensischen Volk zusammengeschlossenen Organisationen in Honduras schon wiederholt vor dem 30. Oktober gegen diesen doppelbödigen Vertrag protestiert haben.

Um die Dimensionen dieses Ereignisses besser zu verdeutlichen, ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte sinnvoll:

#### Wie kam es zum »Fußballkrieg«?

Am 14. Juli 1969 brach zwischen Honduras und El Salvador ein 100 Stunden dauernder Krieg aus. Salvadorensische Truppen marschierten, ohne jegliche Vorwarnung, in Honduras ein; mehrere Städte wurden bombardiert. Der Angriff wurde vor allem auf Grund des Mutes und der Kampfbereitschaft der honduranischen Bevölkerung im Grenzgebiet zurückgeschlagen. Das Militär war vollkommen unvorbereitet,

schlecht ausgerüstet und brauchte sehr lange, um bis zum Kriegsschauplatz in der unzugänglichen Bergregion vorzustoßen. Gleichzeitig wurde das Ausmaß der Korruption im Militärapparat deutlich: ein Großteil der Soldaten existierte nur in den Soldlisten. Der Krieg, der in wenigen Tagen insgesamt etwa 4 000 Opfer forderte, wurde erst durch die Intervention der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beendet. Nach dem Waffenaufstand wurde im Grenzgebiet eine entmilitarisierte Zone unter OAS-Aufsicht eingerichtet.

Vordergründiger "Anlaß" des Krieges war ein Fußballspiel zwischen den Nationalmannschaften beider Länder in El Salvador gewesen, bei dem die honduranischen Schlachtenbummler durch Salvadoreaner malträtiert worden waren (vermutlich eine Provokation). Als Reaktion brach Honduras sämtliche Beziehungen ab und wies alle innerhalb seiner Grenzen lebenden Salvadoreaner (nach Schätzungen etwa 400 000, d.h. 10% der Bevölkerung) aus dem Land.

Diese Maßnahme beantwortete El Salvador mit dem militärischen Einmarsch. Offizielle Begründung waren die seit langem bestehenden Gebietsansprüche.

Im Hintergrund dieser Auseinandersetzung steckt eine ganze Reihe von Konflikten: 1) Der Krieg war zum einen Ausdruck des Versuchs der herrschenden Klassen beider Länder, den Druck der Klassenwidersprüche im Innern nach außen abzulenken, die Völker gegeneinanderzuhetzen, um ihre Herrschaft noch eine Weile aufrechtzuerhalten.

Dies gilt insbesondere für die salvadoreanische Bourgeoisie, die schon seit annähernd einem Jahrhundert nur noch durch extreme Repression das bestehende Ausbeutungssystem verteidigen konnte. Durch die massenhafte Abschiebung der Salvadoreaner aus Honduras (die dorthin auf der Suche nach Land - angesichts der extremen Konzentration des Grundbesitzes in ihrer Heimat - ausgewandert waren) - sahen die salvadoreanischen Machthaber die "Stabilität" dieses Systems akut gefährdet und traten deshalb die Flucht nach vorne an.

Aber auch von seiten der honduranischen Militärregierung bestand ein gewisses Interesse an dem Konflikt: Die Abschiebung der Salvadoreaner - und damit das Freiwerden des von ihnen bebauten Landes und der von ihnen besetzten Arbeitsplätze - sollte dazu beitragen, den Ende der 60er Jahre stark angewachsenen Mobilisierungsgrad der arbeitenden Massen zu neutralisieren. Darüberhinaus bildete der Krieg einen willkommenen Anlaß, den Patriotismus im Sinne eines Klassenpaktes zu schüren, und - nicht zuletzt - einen kostspieligen Ausbau und die Modernisierung des Militärapparates zu rechtfertigen.

2) Außerdem spielten eine Reihe direkter ökonomischer Interessenkonflikte zwischen den herrschenden Klassen der beiden Länder eine Rolle.

Unter Ausnutzung des Anfang der 60er Jahre auf Betreiben der US-Multis ins Leben gerufenen Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes (Mercado Común Centroamericano, MCC) hatte das salvadoreanische, guatemaltekeische und nicaraguanische Industriekapital (weitgehend durchsetzt von eben diesen Multis) die schwache Position von Honduras ausgenutzt, um den honduranischen Markt mit ihren Produkten zu überschwemmen. Honduras seinerseits wurde innerhalb dieses Handelssystems zur einseitigen Rolle als Lieferant von Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln verdammt. Dies stieß auf den Widerstand der honduranischen Industriebourgeoisie, die sich in ihren Akkumulationsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt sah. Sie nutzte den Konflikt aus und brach auch die wirtschaftlichen Beziehungen mit El Salvador ab. Wenig später trat Honduras aus dem MCC aus, der sich seither in einer Dauerkrise befindet.

### Widerstand gegen den Vertrag

Obwohl die herrschenden Kräfte in Honduras mit dem Anwachsen der revolutionären Kämpfe im Nachbarland ein eigenes Interesse an der raschen Beendigung des bestehenden Zustandes der offiziellen Beziehungen haben mußten - denn alles andere wäre ihnen lieber als der Sieg der Opposition in El Salvador - bestanden und bestehen aus den oben genannten ökonomischen Gründen immer noch eine Reihe von Widerständen in ihren eigenen Reihen gegen den Vertrag.

Dies gilt auch hinsichtlich der Gebietsansprüche, die nach Ansicht von konservativen Diplomaten und auch nach Ansicht des honduranischen Volkes ein für allemal geklärt werden müssen; allerdings verweigert El Salvador derzeit jede Verhandlung über dieses Thema.

Deshalb bedurfte es erst des Drucks von außen - sprich des Drucks durch die US-Diplomatie des Mr. Bowdler - um beide Seiten unter der Vermittlung des peruanischen Expräsidenten Bustamante y Rivero zu einer Einigung zu bringen. Bei der Vermittlung wirkte auch die Militärdelegation der OAS mit, unter der Führung der argentinischen (!) Generale Emilio Ernesto Neme und Luis Maria Miro.

Das Abkommen, dessen Inhalt bis zum Tag der Unterzeichnung praktisch geheimgehalten worden war, regelt u.a. die Wiederherstellung des freien Personen- und Wirtschaftsverkehrs sowie der diplomatischen Beziehungen und enthält ein verbales Bekenntnis zur Reaktivierung des Gemeinsamen Marktes und zur Respektierung der Menschenrechte.

Die eigentlich strittigen Punkte, nämlich die Grenzkonflikte, wurden fast völlig ausgeklammert und an eine Sonderkommission überwiesen, die für ihre Arbeit unabschließbare 5 Jahre Zeit hat. Danach soll - falls es zu keiner Einigung kommt - der Internationale Gerichtshof in Den Haag angerufen werden.

Damit hat Honduras seine ursprüngliche Position fast vollständig aufgegeben, aber es gab - von wenigen Ausnahmen wie Gómez y Gómez, der aus der Delegation austrat, abgesehen - außerhalb der linken Bewegung in Honduras nur wenige Stimmen, die das Vertragswerk in dieser Hinsicht kritisierten.

Lediglich die Universität, die Studentenorganisationen und die in der CGT zusammengeschlossenen Gewerkschaften lehnten es ab, zu dem Unterzeichnungsspektakel nach Peru zu reisen, zu dem alle Institutionen und Organisationen des Landes eingeladen worden waren.

Die christdemokratische Partei, die sich bisher einiges auf ihre kritische Haltung gegenüber der salvadoreanischen Junta zu gute gehalten hatte, schickte ihren Generalsekretär Hernán Corrales Padilla nach Lima. Ebenso flogen mit: der Erzbischof von Tegucigalpa Héctor Enrique Santos und die Vertreter des reformistischen Flügels der Arbeiter- und Bauernbewegung, ganz zu schweigen von den Vertretern der liberalen bis reaktionären Parteien und Interessenverbänden der herrschenden Klasse.

Einziges Sandkorn im Getriebe des pompösen Unterzeichnungsspekakles war der Protest des peruanischen Kongreßabgeordneten der Acción Democrática Popular und legendären Bauernführers Hugo Blanco, der während des Empfangs der honduranischen Delegation den Vertrag als "Farce unter der Schirmherrschaft der nordamerikanischen Regierung" bezeichnete. (Tiempo, 3.11.1980)

Um noch einmal auf den Sinn der "Verbrüderung" zwischen den beiden Kriegsgegnern von 1969 zurückzukommen, der – neben allem Friedensgeschwafel – ganz deutlich in den Reden der Regierungsvertreter und den entsprechenden Pressekommentaren zum Ausdruck kam, nämlich der gemeinsamen Bekämpfung der "Subversion": so sagte ein Regierungssprecher in Tegucigalpa: "Es ist leichter, die Gewalt in unseren Nationen zu säen, ohne die Existenz eines Friedensabkommens." (HERALDO, 31.10.80). Major César Elvir Sierra, der honduranische Außenminister: "Die Geschichte zeigt, daß die Gewalt wie eine tödliche Pest immer dahin tendiert, sich auszudehnen, und wir ... können die Gefahr einer möglichen Ansteckung nicht verleugnen." Gleichzeitig gab er jedoch zu, daß es "das Elend selbst (ist), das uns zur Gewalt führt." (Tiempo, 3.11.1980) – Ob die Herrschenden in Honduras allerdings daraus tatsächlich die mittelfristig in ihrem eigenen Interesse liegende reformistische Konsequenz ziehen werden, bleibt fraglich.

Eine erste Frucht dieser Anbahnung offener gemeinsamer Aktionen zwischen den Repressionsorganen beider Länder ist die Verhaftung des ERP-Führers Santos Lino Rodríguez am 14. Oktober in der Hauptstadt des Grenzdepartements Intibucá (Honduras) durch honduranische Militärs. Die Information wurde am 26.10. vom MIAMI HERALD veröffentlicht und ist durch Zeugenaussagen bestätigt. Es wird befürchtet, daß Rodríguez (auch bekannt unter dem Namen Juan Pedro), seine Frau und zwei Kinder an die salvadoreanische Guardia Nacional ausgeliefert werden. Bisher ist nichts über ihren Verbleib bekannt. Die Coordinadora Nacional de Solidaridad con el Pueblo Salvadoreño hat für den Fall, daß sie weiterhin "verschunden" bleiben, eine breite nationale und internationale Solidaritätskampagne angekündigt. (Tiempo 6.11.80)

Die Situation sämtlicher salvadoreanischer Flüchtlinge im Grenzgebiet (es sind keine genauen Zahlen bekannt, inzwischen müssen es aber zwischen 15 – 20 000 Menschen sein) wird unterdessen immer prekärer. Salvadoranische Regierungsverbände überschreiten immer ungenierter die Grenze bei ihrer Verfolgung. Nicht nur, weil Honduras nicht für die Sicherheit und Versorgung garantiert, bot die Regierung Panamas die Übernahme mehrerer tausend Flüchtlinge an, um sie zur Kolonisierung unbekannter Urwaldregionen anzusiedeln, wie es hieß.



## CHILE

### Interview zur Situation der Mapuche

Am 30. November wurde in Rotterdam das Russell-Tribunal beendet, das sich mit der Situation der von Ausrottung bedrohten Indianervölker Nord- und Südamerikas befaßte. Aus diesem Anlaß veröffentlichten wir den Wortlaut des nachfolgenden Interviews, das ein Mitarbeiter der LN Anfang September in Temuco mit dem Anthropologen und langjährigen Mitglied des Eingeborenen-Instituts Bernardo Arroyo zur gegenwärtigen Situation der Mapuche im Süden Chiles geführt hat.

**LN:** Vor etwas mehr als einem Jahr erreichte das neue Eingeborenen-Gesetz der Militärjunta unsere Aufmerksamkeit. Alle Informationen, die wir in Europa darüber erhalten konnten, besagen, daß dieses Gesetz eine große Bedrohung für die Mapuche, für ihre kulturelle und soziale Eigenständigkeit darstellt. Lassen sich bereits konkrete Auswirkungen des Gesetzes feststellen – und wie denkst Du aufgrund Deiner Erfahrungen darüber?

**B.A.:** Das neue Gesetz und sein Inkrafttreten kann man m.E. nur im Zusammenhang mit dem folgenden Kontext sehen: Das Gesetzesdekret Nr. 2568 ist gewissermaßen nur der Kulminationspunkt einer Haltung und einer Politik gegenüber dem Volk der Mapuche, die man als eine ständige Aggression bezeichnen könnte. Historisch beginnt das bereits mit der Ankunft der Eroberer und setzt sich nach Gründung der chilenischen Republik bis heute fort. In dieser langen Epoche mußten sich die Mapuche immer mehr zurückziehen und immer mehr Land an die Eindringlinge abgeben, was zur Folge hatte, daß ihre politische und wirtschaftliche Organisation davon berührt wurde und allmählich auch ihr alltägliches Leben.

Vom Jahre 1883 an begann durch die Republik Chile eine Zeit der Kolonisierung, das, was man die "Befriedung Araukanians" nannte – freilich eine ganz besondere Art von "Befriedung". Die Regierung förderte die europäische Einwanderung in das Mapuche-Gebiet. Insbesondere kamen damals Siedler aus Deutschland, Holland und der Schweiz, auch einige Italiener und Franzosen, fast kann man sagen: Einwanderer aus ganz Europa. Den Hauptanteil stellten aber Deutsche und Holländer.

Diese Siedlungspolitik zielte darauf ab, ein Gebiet in das nationale Territorium zu integrieren, das weder von den Spaniern noch durch die kreolische Besiedlung erobert werden konnte.

Nach der siegreichen Beendigung des Krieges mit Peru wurde das chilenische Heer mit der Aufgabe betraut, das Mapuche-Gebiet südlich des Rio Maule zu "befrieden" und endgültig in das chilenische Staatsgebiet einzugliedern. Unter diesen Umständen wurden die Mapuche gezwungen, in sogenannten Reduktionen zu leben. Die Reduktionen waren mehr oder weniger eine Kopie des Reservat-Systems, wie wir es aus den USA kennen.

**LN:** Und das begann bereits im vorigen Jahrhundert?

**B.A.:** Ja, das begann gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Man muß dabei berücksichtigen, daß die gesamte Lebensorganisation der Mapuche eine kommunitarische Organisation war, die auf der Großfamilie, dem großen Familienverband basierte. Es gab kein Privateigentum und auch keinen fest begrenzten Boden für jede der Großfamilien oder Sippen. Sie waren jedoch keine Nomaden,

sondern sozusagen halbseßhafte Jäger und Sammler. Das erforderte eine große Mobilität und viel Land. All das veränderte sich in dem Moment drastisch, als sie gezwungen wurden, auf einem fest begrenzten Boden zu leben, der noch dazu klein war, "reduziert" - daher auch der Name 'Reduktion', in der sich der durchschnittliche Landbesitz auf 1 ha pro Familienoberhaupt belief. Insgesamt erhielten die Mapuche 525.000 ha Land.

Zum Vergleich muß hier erwähnt werden, daß die Mapuche vor der Ankunft der Spanier ein Gebiet von 31 Millionen ha zur Verfügung hatten. Das ging dann während der Kolonialzeit auf 10 Millionen ha zurück und schließlich in der Zeit der chilenischen Republik durch die gewaltsame 'Befriedung' auf eben jene 525.000 ha.

Die europäischen Siedler erhielten durchschnittlich 500 ha pro Familie. In diesem Gebiet entstanden also die großen Latifundien. Die kreolischen Siedler hatten übrigens nur 40 ha pro Familienoberhaupt erhalten.

Die Mapuche mußten auf ihrem drastisch reduzierten Territorium nun über Nacht von extensiver auf intensive Landwirtschaft umschalten. Unter anthropologischen Gesichtspunkten ist es ein geradezu unerklärliches Phänomen, daß die Mapuche unter diesen Bedingungen überhaupt überlebt haben. Sie mußten sich einer Landwirtschaft widmen, für die sie weder im technologischen Sinne Kenntnisse und Material hatten noch im kulturellen Sinne vorbereitet waren, d.h. vom Bewußtsein und ihrer ganzen Lebensauffassung her. Das Land wurde den Mapuche als Gemeineigentum zugeteilt. Aber das geschah nicht etwa aus Großzügigkeit der Regierung, sondern weil es keine andere Möglichkeit gegeben hätte, das Reservatssystem durchzuführen. Nur um den Preis der Beibehaltung ihres kommunitarischen Systems ließen sich die Mapuche dazu bewegen, den Reduktionen zuzustimmen. Dieses Gemeineigentum war letztlich die wesentliche Schutzinstanz, die es ihnen erlaubte, ihre Identität und auch die gemeinsame Sprache zu erhalten. Die Sprache der Mapuche, das Mapudungu, wird immer noch von einer bedeutenden Zahl gesprochen.

**LN:** Welche Politik verfolgte die chilenische Regierung gegenüber den Mapuche nach der "Befriedung"?

**B.A.:** Man kann zwei Etappen unterscheiden. In der ersten Etappe ist es das Hauptinteresse der chilenischen Regierung, eine allmähliche Entwurzelung der Mapuche zu erreichen. Dazu gibt es eine Reihe von Gesetzen. In einer zweiten Etappe, etwa seit dem Jahr 1927, gehen die Interessen der Regierung mehr in Richtung einer Aufteilung des Mapuche-Landes. Ziel dieser Politik ist es einerseits, das Mapuche-Land den Latifundien einverleiben zu können, andererseits die Kultur der Mapuche dadurch zu zerstören, sie als Gesellschaft zu desintegrieren und auf diese Weise Perspektiven zu entwickeln, die aus ihnen billige Arbeitskräfte für den sich entfaltenden Agrarkapitalismus machen würden.

Da es aber in Chile einen halbwegs funktionierenden Parlamentarismus gab, wurden alle diese Gesetze im Kongreß debattiert, und es gab sogar ein gewisses Auf und Ab in der Mapuche-Gesetzgebung. Das führte dazu, daß im Jahr 1972 ein Gesetz erlassen wurde, das den Verkauf des kommunitarischen Mapuche-Landes verbot. Nach diesem Gesetz konnte das Land nur unter den Mapuche selbst veräußert werden, nicht jedoch an Nicht-Mapuche, um Betrug und Übervorteilung zu verhindern, die - historisch gesehen - eines der Werkzeuge zur Beherrschung gewesen sind.

Die militärische Beherrschung war, auf lange Sicht, vielleicht

nicht einmal so gewaltsam wie die Beherrschung durch die Gesetze und das, was man die allmähliche Ausrottung einer Kultur nennen könnte: auf administrativem Wege, durch das gesamte Erziehungssystem und durch Diffamierung und Rassismus.

Heute haben wir - nachdem das Gesetz von 1972, das den Vorstellungen der Mapuche weitgehend entsprach, durch den Regierungswechsel nicht mehr angewendet wird - nun das Gesetzesdekret Nr. 2568, das sozusagen von der Devise ausgeht: wir sind alle Chilenen, folglich gibt es auch keine Mapuche.  
Die Mapuche sind aber nicht wegzuleugnen!

**LN:** Wieviele Mapuche gibt es heute? Mir sind verschiedene Daten bekannt, die sich z.T. widersprechen. Vor allem interessiert mich zu wissen, wieviele gegenwärtig hier auf dem Land leben, also besonders in den Regionen Nr. 8, 9 und 10 von Chile...?

**B.A.:** Die Unkenntnis darüber ist selbst in Chile sehr groß. Es gibt natürlich auch keine exakten Angaben, wie sie etwa eine Volkszählung ergeben könnte. Aber unsere annähernden Schätzungen basieren auf einer Reihe von verlässlichen Daten. Danach können wir sagen, daß es insgesamt, also über ganz Chile verteilt und auch im Ausland, eine knappe Million Mapuche gibt. Die meisten davon leben hier in den Provinzen Cautin und Malleco, mindestens 5% der chilenischen Bevölkerung (= 550.000 bis 600.000). Die Regierung gibt die Zahl natürlich sehr viel geringer an, weil dadurch auch der Landbesitz pro Kopf der Mapuche steigt - zumindest statistisch gesehen...

Nun gut, wenden wir uns wieder dem neuen Gesetz zu. Es ist sehr trickreich und geht doch nur von einer einzigen Intention aus: den Mapuche ihr Land abzunehmen - entweder sofort oder in einem Zeitraum von 20 bis 30 Jahren. Es erlaubt die Aufteilung und Veräußerung des Landes, was zu internen Streitigkeiten führt, denn das Land ist ohnehin knapp. Das neue Gesetz schafft die Bedingungen dafür, daß die Mapuche allmählich dazu kommen, ihr Land zu verlassen.

Wenn ein Mapuche sich entschließt, sein Land zu teilen, kann er laut Gesetz Kredite erhalten. Diese Kredite sind nun nicht etwa zinslos, sondern so wie jeder normale Kredit, der an einen großen Agrarunternehmer vergeben wird, mit erheblichen Zinsen verbunden - nur mit dem Unterschied, daß die Mapuche diesem Wettbewerb nicht gewachsen sind.

**LN:** So ist also voraussehbar, daß der Mapuche eines Tages die Raten mit den hohen Zinsen nicht zurückzahlen kann und dann sein Land an einen Großgrundbesitzer verkaufen muß, was ja nach dem neuen Gesetz möglich ist?

**B.A.:** Das ist in einigen Fällen auch schon geschehen. In den Mapuche-Gemeinschaften haben wir es mit extremer Armut zu tun, mit Unterernährung, Desintegration, unzulänglicher Organisation, Verlust der Sprache und der traditionellen religiösen Bräuche. Sie sind, wie sie selber sagen, "ahuincados" - denn uns nennen sie "huincas". Fremde -, assimiliert. Das bedeutet, daß dieses Gesetz ihnen keinerlei Schutz mehr gibt, um ihre eigene Identität gegenüber der herrschenden Kultur und dem herrschenden System aufrechtzuerhalten. Außerdem setzt man auf die Unwissenheit der Mapuche, die keinen Zugang zu objektiver Information haben: die Analphabetenquote unter ihnen ist höher als der Landesdurchschnitt, und die Medien sind alle in der Hand der Regierung, die ihnen nur sagt, was ihr nützlich erscheint.

Die einzige Antwort der Mapuche auf das alles besteht in der

Stärkung ihrer Organisationen, z.B. ihrer Kulturzentren, die in der Tat in letzter Zeit großen Zulauf haben und auch ziemlich effektiv arbeiten. Aber auch diese Organisationen haben die Aufteilung des Landes nicht verhindern können. Die Regierung hält alle Mittel in der Hand, diese voranzutreiben, und deshalb wird die irgend wann vollen Erfolg damit haben.

Die Interessen der Regierung werden einzig und allein durch das gegenwärtige Wirtschaftsmodell bestimmt. Die Wälder in dieser Gegend sind z.B. von großem wirtschaftlichem Interesse. Deshalb haben die Mapuche schon das schlechteste Land erhalten, Land, das nach landwirtschaftlichen Gesichtspunkten ziemlich unproduktiv ist. Aber heute wird selbst dieses minderwertige Land noch sehr interessant - nämlich unter touristischen Aspekten... Das Gesetz selbst erwähnt sogar die touristische Nutzung des Landes.

Ich will ein Beispiel zum Problem der Aufteilung des Landes erzählen.

Unweit von Temuco gibt es eine Familie namens Chumayo, die bei der INDAP, einer Institution der Regierung, einen Kredit beantragt hatte, um sich davon 3 gute Milchkühe zu kaufen. Aber es fehlte an der nötigen Infrastruktur: es gab keinen richtigen Korral etc. Eine Kuh starb bald, weil es zu kalt war, eine andere wurde krank und mußte getötet werden. Die dritte Kuh wurde also verkauft, um davon die Schulden zu bezahlen; aber als sie verkauft war, stellte sich heraus, daß der Erlös nicht einmal ausreichte, um ein Fünftel der Schulden, die sich inzwischen angehäuft hatten, zu bezahlen. So wurde also das Land der Familie - da es nach dem neuen Gesetz nicht möglich ist, eine Hypothek darauf aufzunehmen - zur Versteigerung freigegeben. Die Familie Chumayo erfuhr davon jedoch nichts, denn die Versteigerung wurde nur in den großen Zeitungen Santiagos angekündigt, die kein Mapuche liest. Das ist nur ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit.

**LX:** Wie ist der Fall ausgefallen? Wurde das Land der Familie weggenommen?

**B.A.:** Als der Fall zufällig bekannt wurde, gab es eine öffentliche Diskussion mit sehr starker Polemik. Die Mapuche-Führer sind sogar beim Intendenten vorstellig geworden deswegen. Aber das hätte alles nichts genützt, wenn die katholische Kirche nicht für die Schulden der Familie aufgetreten wäre. So konnten sie wenigstens ihr Land behalten.

Wie gesagt, das ist nur ein Fall unter vielen. Die Folgen sind also noch nicht in ganzer Breite zu sehen.

Aber aufgrund der Erfahrungen mit der Aufteilung und Veräußerung des Landes unter der Regierung des Generals Ibáñez im Jahr 1929 kann man sagen, daß die Mapuche die Aufteilung praktisch nicht verhindern können. Trotzdem werden sie weiterhin die Welt nur kommunitarisch begreifen können und wahrscheinlich an diesem Widerspruch zugrundegehen.

Die Bischöfe haben deshalb Druck auf die Regierung ausgeübt, und so ist das Gesetz ein bißchen modifiziert worden: wenn irgend jemand gegen die Aufteilung bei den Behörden protestiert, darf sie nicht vorgenommen werden. Trotzdem wird das Gesetz wohl voll zur Anwendung kommen, denn es herrscht die Angst in diesem Lande.

Die organisierten Mapuche glauben jedoch, daß sie trotz der Landaufteilungen weiter in kommunitarischem Sinne arbeiten können, d.h. ihre traditionelle Wirtschaftsform der gegenseitigen Hilfe

und Solidarität beibehalten werden. So sind ihre kulturellen Organisationen in erster Linie politische Organisationen.

Unter anthropologischen Gesichtspunkten hat das Gesetz keinen einzigen positiven Aspekt - selbst wenn man es ganz unvoreingenommen oder gar wohlwollend betrachtet. Es ist aus einer Mischung von Ignoranz und Böswilligkeit heraus entstanden; ich glaube aber, daß die Böswilligkeit dabei überwiegt, denn diejenigen, die das Gesetz maßgeblich beeinflusst haben, sind Großgrundbesitzer hier aus der Gegend.

Die Desintegration der eigenen Kultur hat zur Folge, daß der Mapuche sich in der total anderen Welt, die ihm gekünstelt und kompliziert erscheint, nicht zurechtfindet. Diese Marktwirtschaft mit ihrem Konkurrenz- und Wettbewerbsdenken stellt eine Haltung und eine Sicht der Welt dar, die dem Denken des Mapuche absolut fremd sind. Ja mehr noch: sie bilden für ihn geradezu unüberbrückbaren Widerspruch.

Der Mapuche befindet sich also in einem, wie wir sagen, asymmetrischen Zustand, weil seine Auffassung von der Welt es ihm nicht ermöglicht zu konkurrieren.

Was aber sind seine Alternativen? Er wandert in die Großstadt ab - aber als was? Er teilt dort das Schicksal der Mehrheit dieses Landes: er ist arm, meistens arbeitslos, hat keinen Beruf; er spricht zudem schlecht spanisch und ist deshalb stigmatisiert. Er wird als Indio bezeichnet, was in Lateinamerika immer einen peorativen Charakter hat. Er kann sich in die herrschende Gesellschaftsordnung einfach nicht integrieren. Was bleibt ihm also am Ende übrig?

**LX:** Meine letzte Frage: was glaubst Du, was wir in Europa oder von Europa aus tun können, um den Mapuche am wirkungsvollsten zu helfen?

**B.A.:** Eines der wichtigsten Probleme ist die weit verbreitete Unkenntnis der Problematik. Hier liegt eine große Aufgabe, an der sich jeder beteiligen kann, der der Sache der Mapuche wohlgesonnen ist. Das ist ganz offensichtlich nicht nur Angelegenheit der Anthropologen.

Andererseits kann man auch die Organisationen direkt unterstützen, denn sie sind das Instrument ihres politischen Kampfes. Sie benötigen materielle und politisch-psychologische Hilfe!



**SPENDET FÜR DEN  
WIDERSTAND IN CHILE**

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108  
Kennwort: Hilfe für Chile

## SCHNEEGESTÖBER

Wieder neigt sich ein ereignisreiches Jahr seinem Ende zu. Es ist schon recht mitgenommen - regelrecht verblichen, muß man sagen, wenn man beim Aus-dem-Fenster-gucken das viele Weiß sieht. Und abgekühlt hat es sich auch reichlich. Nur Mut - das nächste Frühjahr kommt bestimmt. Derweil weihnachtet es erst nochmal kräftig - das erkennt man an der beispiellosen Energieverschwendung in der Straßenbeleuchtung und bei den Menschen, die krampfhaft überlegen, verbissen basteln und gehetzt die Kaufhäuser durchwühlen. All diese Strapazen würden wir nur zu gern unseren Lesern ersparen. In diesen Zeiten können gerade wir es uns nicht leisten, unsere Kräfte sinnlos zu vergeuden. Daher: verschenkt am Besten massenweise an Freunde, Bekannte, Geliebte, geschätzte, Omas, Opas, Eltern und Geschwister, Onkels und Tanten, Nichten und Neffen... die... - na was wohl? - als Geschenkabonnement. Gutscheine auf den Gabentisch, Postkarte an uns - so einfach ist das. Inzwischen ist unsere "Aufraum- und Karteiustell-Aktion" auch schon so weit gediehen, daß wir einem neuen Abonnentenboom gelassen entgegensehen können. Nur: bezahlen müssen noch viele ihr Abo für 1981. Noch bevor mit Silvester und Neujahr ein neues Leben angefangen wird möglichst.

und noch ein paar Suchmeldungen:

Welcher Essener mit der Postscheckkontonummer 315830-135 überwies am 10.11. 26.- DM mit dem Vermerk: Abo 81 März - Dezember?

In Übach wurden am 7.11. 14.- DM mit dem Vermerk "Jahres-Abo" überwiesen. Als Absender stand da Elfriede Kohut - da das aber der Name unserer Kontoinhaberin des IN-Kontos ist, nehmen wir an, daß sich hinter diesem Pseudonym ein anderer verbirgt.



## Zeitschriftenschau

Mitte November haben sich Vertreter verschiedener 3. Welt-Zeitschriften getroffen und beschlossen, eine derartige Zeitschriftenschau in Zukunft einzurichten. Wir fangen nun mal damit an.



Die EPK 2/80 enthält eine außerordentlich informative Zusammenstellung zur Tätigkeit von "Siemens in der 3. Welt"

In der EPK 3/80 sind Artikel zur Veranschaulichung des "Fortschritts" in Brasilien, der keine "Entwicklung" darstellt

Das ila info No. 40 1980 enthält einen Artikel zur Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika, der dem Buch "Unity is Strength-trade unions in Latin America: a case for solidarity" vom Latin American Bureau in London entnommen wurde (ila 10x im Jahr Römerstr. 88; 5300 Bonn)

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (ila) Bonn

# ila-info

№ 74/75 11 Jahrgang, April/Juni 1980 Lfd. Nr. 6550 - Nr. 6560 Nr. 100 -

# pogrom

Zeitschrift für soziale Vernetzung

Herausgegeben zum IV. Russell-Tribunal

## Indianer 1980 in Süd- und Mittelamerika

Postfach 169, 3400 Göttingen, Tel. 0551/55822; Redaktion 0551/55823

POGROM erscheint zweimonatlich



Im Antiimperialistischen Informationsbulletin No. 11/2 1980 ist ein Teil einer Rede Fidel Castros zum "Alptraum Reagan" abgedruckt (Liebigstr. 46, 355 Marburg; erscheint monatlich)

## blätter des IZ3W

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau Telefon: 0761 / 34003, Bürozeiten: Mo-Fr 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Das Informationszentrum 3. Welt bringt in seiner 89. Nummer 1980 einen kurzen interessanten Artikel zu "CDU-CSU: Wissenschaft für Pinochet" (Chile)-Außerdem einen längeren wichtigen BRD Artikel "Das Asylrecht wird reformiert"

# Solidarität mit brasilianischen gewerkschaften

250000 metallarbeiter in São Paulo streikten 6 wochen. Ihr arbeitskampf wurde von den herrschenden für illegal erklärt, die gewerkschaftshäuser von militärpolizei – bis heute – besetzt, ihre führer wurden verhaftet. Sie sind wieder frei, doch die anklage gegen sie wurde nur ausgesetzt, nicht aufgehoben.

Der terror und auch der massive polizeieinsatz gegen die gewerkschaften geht weiter (siehe seite 34).

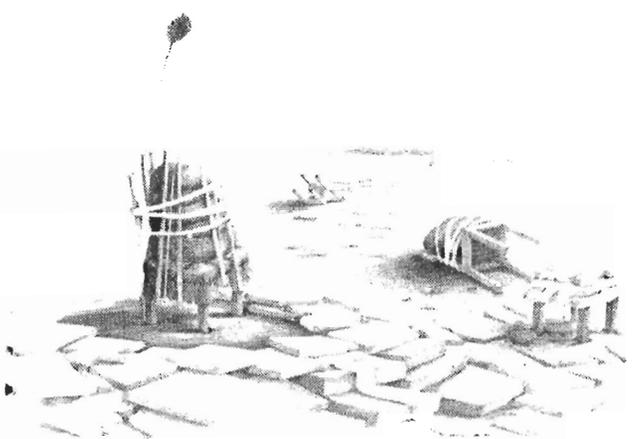
Die IG Metalle hat zu spenden aufgerufen. Wir wollen helfen mit einer neuen „grafik-aktion“.

Die hier abgebildete grafik kann als originalgrafik (handsigniert, in limitierter auflage) bei der Union-Druckerei bestellt werden.

Dort sind auch die mappen mit 8 farbpstkarten erhältlich. Die lieferung erfolgt in der reihenfolge des posteingangs.

## Renate Sautermeister,

in Hamburg 1937 geboren, lebt heute in Frankfurt/Main. Sie besuchte die werkkunstschule in Bonndorf/Schwarzwald und weiter drei jahre in Wiesbaden. Anschließend studium an der „Accademia di Belle Arti“ in Perugia. Ihre bilder waren in vielen in- und ausländischen ausstellungen zu sehen.



Renate Sautermeister sagt über ihre bilder: „Meine bildmotive sind verlassene, menschenleere räume, und neuerdings „landschaften“, in denen menschen spuren hinterlassen haben – verletzte räume, zellen, kammern, kälige flure, fluchtweg – räume, die in landschaft übergehen, sich auflösen – landschaft, die in räume

empricht. Ich habe versucht, spuren unerklärlicher, bedrückender geschnehnisse zu sichern. Tatorte sowohl physischer als auch psychischer gewaltanwendung. Anstöße meiner arbeit geben mir vielfach zeitungsberichte und meldungen über alltägliche brutalitäten, die menschen ihresgleichen anten.“

## José Moreira

wurde in Brasilien geboren und lebt seit vier jahren in Berlin. Mit seinen bildern will er eindrucke aus dem brasilianischen alltag vermitteln.

Die farbpstkartenserie „Brasilianische Impressionen“ wurde nach originalmotiven gestaltet.

# Die peruanische Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1979



Vertrieb:

ila, Römerstr. 88, D-5300 Bonn 1

Tel.: 0228/658613

96 Seiten

Preis: DM 6,--

Best.-Nr. 07 013

Herausgeber:

Grupo Perú - Hamburg

Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V.

## Bestellung

An Union-Druckerei und Verlagsanstalt GmbH, Theodor-Heuss-Allee 90-98, 6000 Frankfurt

Hiermit bestelle ich

\_\_\_\_\_ stück originalgrafik „Verfolgung“, preis 80 DM (handsigniert, limitierte auflage, gröÙe 60 x 80 cm) plus 3 DM versandkostenanteil (einzelversand)

\_\_\_\_\_ stück farbpstkarten-mappe (8 stück) „Brasilianische Impressionen“, preis 10 DM (einschl. porto und verpackung)

Lieferung nur nach vorauszahlung des betrages. Hierzu lege ich einen verrechnungsscheck bei. nähe ich die summe auf das konto der Union-Druckerei und Verlagsanstalt GmbH, Frankfurt am Main, bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt am Main (bankleitzahl 50010111), kontonr. 1000725200, überwiesen (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

UNION-SCHRIE

José Moreira

## Brasilianische Impressionen



Der Gewerkschafter  
Solidaritätsaktion zur Unterstützung  
der brasilianischen Gewerkschaften  
8 Farbpstkarten